Presseschau vom 12.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg
Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Geworg Mirsajan: **Ölembargo, aber nicht ganz und nicht für alle**
Die EU-Kommission hat den europäischen Staaten ein weiteres, sechstes Sanktionspaket gegen Russland vorgeschlagen. Das härteste Instrument ist das Öl-Embargo gegen Russland. Bei genauem Hinsehen stellt sich dieses Embargo allerdings als seltsames Konstrukt heraus. …
https://kurz.rt.com/2ylk bzw. hier

Dagmar Henn: **Haubitzenlehrlinge oder Deutschlands Weg zur Kriegspartei**
"Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht" – diesem guten alten deutschen Sprichwort scheint die Bundesregierung zu folgen, wenn sie Deutschland Schritt für Schritt tiefer in den Krieg in der Ukraine hineinzieht. Dabei werden diese Haubitzen am Ergebnis der Kampfhandlungen nichts ändern. …
https://kurz.rt.com/2ynd bzw. hier

abends/nachts:

dnronline.su: **In Schachtjorsk wurde am Tag der Republik feierlich ein Denkmal für das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko eröffnet.**
„Unser Staat ist nach historischen Kriterien noch sehr jung. Aber in den 8 Jahren des Kampfes für die Staatlichkeit, des Kampfes für das Lebens hat unser Land eine ganze Reihe wirklicher und echter Helden hervorgebracht. In ihr nimmt einer der wichtigsten Plätze zu Recht das erste Oberhaupt der DVR, der Held der DVR Alexandr Sachartschenko ein“, sagte Denis Puschilin bei der Einweihung der Büste.
„Unser Sohn hob Schachtjorsk immer aus anderen Städten heraus. Er sagte: „Hier in Schachtjorsk hat sich die wirkliche Armee der DVR begonnen zu bilden. Bataillone, Kompanie waren vereinzelt, aber hier, nach unserem Sieg, als wir den Feind zurückgeworfen hatten, von hier aus begann unsere Armee sich zu bilden“. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, aber wir haben eine vollwertige, echte Armee“, erzählte der Vater Alexandr Sachartschenkos, Wladimir Sachartschenko.

https://dan-news.info/storage/c/2022/05/11/1652292673_192839_06.jpg

22:05 de.rt.com: **Bulgarien schließt Vertrag mit den USA zum Kauf von Flüssigerdgas**
Nachdem sich Bulgarien dem Zahlungsverfahren in Rubel verweigert hat, das von Russland gefordert wird, hat das Land jetzt mit den USA einen Vertrag über LNG-Lieferungen abgeschlossen. Der bulgarische Energieminister fand das neue Zahlungsverfahren zu riskant.
Bulgarien hat mit den USA einen Handel über den Kauf von verflüssigtem Erdgas (LNG) abgeschlossen, erklärte die Regierung des Landes am Mittwoch. Die Übereinkunft wurde bei einem Treffen zwischen dem bulgarischen Premierminister Kiril Petkov und der US-Vizepräsidentin Kamala Harris erreicht.
Die Lieferungen werden im Juni aufgenommen und das Land soll, gemäß der Erklärung, den Rohstoff zu einem günstigeren Preis erhalten als dem, den es für die Erdgaslieferungen Russlands gezahlt hat. Wenngleich der genaue Betrag bisher nicht genannt wurde.
Russland hatte seine Gaslieferungen an Bulgarien eingestellt, da Sofia sich dem neuen, auf Rubel basierenden Moskauer Zahlungsverfahren verweigerte. Dieses war eingeführt worden, um die Zahlungen angesichts der westlichen Sanktionen abzusichern, die Russlands finanzielle Transaktionen einschränken.
Der bulgarische Energieminister Alexander Nikolov kommentierte die Entscheidung Sofias und erklärte, die Prozedur, Gas gemäß Russlands neuen Forderungen zu bezahlen, "beinhalte bedeutende Risiken." Und er fügte hinzu:
"Praktisch verlieren wir die Kontrolle über unser Geld, nachdem wir in Dollar gezahlt haben, wie wir übereinkamen. Es gibt das Risiko eines Bruchs der Verpflichtungen – einer Nichterfüllung seitens einer russischen Bank, die dafür verantwortlich ist, den entsprechenden Betrag in Rubel zu tauschen."
Mehr als zehn europäische Kunden Russlands haben indessen das neue Zahlungsverfahren bereits angenommen und bei der Gazprombank Konten für den Transfer der Zahlungen eröffnet. Zuletzt hat der deutsche Gasimporteur VNG dem rubelbasierten Zahlungsverfahren für Erdgas zugestimmt und die nötigen Konten eröffnet. Das Unternehmen sagte, es erwarte keine Schwierigkeiten beim Tausch in Rubel, und fügte hinzu:
"Die Eröffnung des Kontos verlief ganz problemlos."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627c04d5b480cc6c0369971b.jpg

22:25 de.rt.com: **Russland verhängt Sanktionen gegen die "Gazprom Germania"-Gruppe, um deren Tätigkeit zu blockieren**
Die Russische Föderation hat gegen den gesamten Konzern "Gazprom Germania", der von der deutschen Regierung übernommen wurde, Sanktionen verhängt, die eine Blockadefunktion haben sollen. Der russische Regierungserlass Nr. 851 vom 11. Mai wurde

auf dem offiziellen Webportal für Rechtsinformationen veröffentlicht, wie Interfax meldet.
Das deutsche Wirtschaftsministerium hatte Anfang April angeordnet, die Gazprom-Germania-Holding unter die Kontrolle der Bundesnetzagentur (BNetzA) zu stellen. Diese Entscheidung ist vorerst bis zum 30. September dieses Jahres gültig. Die Stimmrechte für die Aktien der Gazprom Germania wurden auf die BNetzA übertragen. Der Geschäftsführer hat das Recht, Vorstandsmitglieder zu entlassen und wieder zu bestellen sowie dem Vorstand Weisungen zu erteilen. Die Verfügungsbefugnis über das Vermögen der Gazprom Germania GmbH ist beschränkt und bedarf der Zustimmung der Bundesnetzagentur.
Auf der russischen Liste stehen 31 Unternehmen, von denen die meisten zur "Gazprom Germania"-Gruppe gehören.
Die russische Regierung hat auch Sanktionen gegen das polnische Unternehmen EuRoPol GAZ S.A. verhängt, das Eigentümer des polnischen Abschnitts der Jamal-Europa-Gaspipeline ist. Zuvor war berichtet worden, dass Polen Ende April Sanktionen gegen Gazprom verhängt hatte. Die Beschränkungen beinhalten ein Einfrieren der Ausübung von Rechten an Aktien und anderen Wertpapieren sowie ein Einfrieren der Dividendenzahlungen.
Betroffen ist unter anderem auch die Handelsgruppe Wingas/WIEH/WIEE, die Eigentümerin eines großen Pakets von Verträgen über russische Gaslieferungen ist. Die Sanktionen gelten zudem für die Firma Astora, die der größte Gasspeicherbetreiber in Europa ist.
Alle Transaktionen mit diesen juristischen Personen seien verboten. Dazu gehört auch ein gesondertes Verbot, russische Häfen anzulaufen, Zahlungen zu leisten und mit Wertpapieren zu handeln.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627c151248fbef17c97e26fb.jpg

22:30 de.rt.com: **"Unmenschliche Experimente" – Russland veröffentlicht neue Details über US-Biolabore in der Ukraine**
Das russische Verteidigungsministerium hat während eines Briefings neue Details zur militärisch-biologischen Tätigkeit der USA in der Ukraine veröffentlicht. Dazu zählen Fälle der Infizierung mit Tuberkulose und verdeckte Cholera-Forschung.
Das russische Verteidigungsministerium hat neue Details über Experimente in den US-finanzierten Biolaboren in der Ukraine veröffentlicht. Diese Informationen habe die Behörde im Zuge der militärischen Sonderoperation in der Ukraine erhalten.
So konnten die Fachleute des russischen Verteidigungsministeriums die Arbeiten direkt in zwei Biolaboren in Mariupol durchführen. Es habe sich erwiesen, dass Dokumente, die eine Zusammenarbeit mit dem US-Militär belegen, unverzüglich vernichtet worden seien.
Mariupol befindet sich seit Anfang April unter der Kontrolle der Donezker Volksrepublik.
"Eine vorläufige Analyse der übergebenen Unterlagen deutet darauf hin, dass Mariupol als regionales Zentrum für die Sammlung von Choleraerregern und die Passportisierung genutzt wurde. Ausgewählte Stämme wurden an das Zentrum für öffentliche Gesundheit in Kiew

geschickt, das mit dem weiteren Versand von Biomaterialien in die Vereinigten Staaten beauftragt wurde. Diese Tätigkeiten werden seit 2014 durchgeführt, wie aus den Stammübertragungsbescheinigungen hervorgeht."
Das sagte Igor Kirillow, der Leiter der ABC-Schutztruppen der russischen Streitkräfte in einem von dem Fernsehsender Zvezda veröffentlichten Video. Und er fügte hinzu:
"Im sanitären und epidemiologischen Labor wurde ein Akte über die Vernichtung der Erregersammlung vom 25. Februar 2022 gefunden, der zufolge dort mit Cholera-, Tularämie- und Milzbranderregern hantiert wurde."

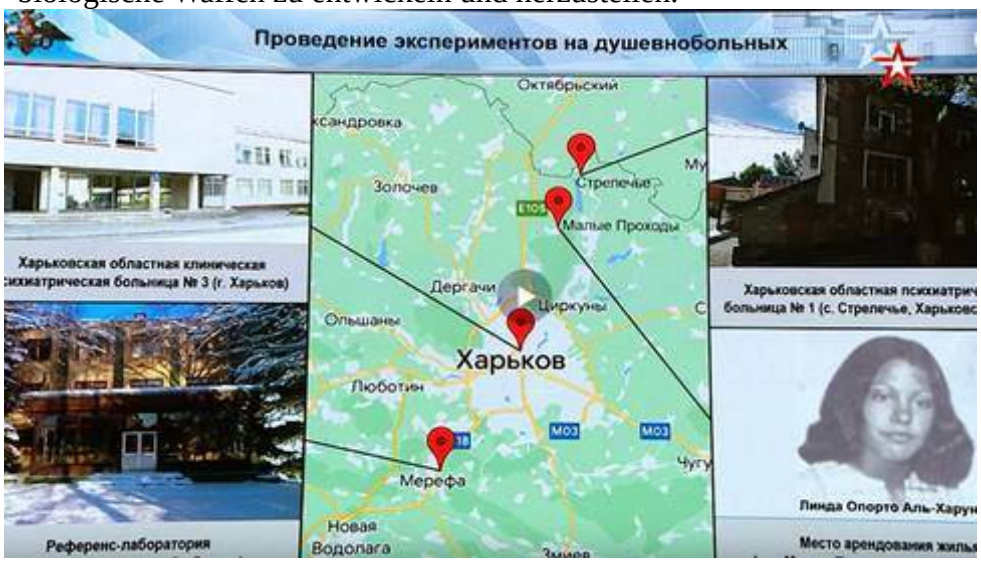
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c0baeb480cc6ad93f7c4f.jpg

Ein Teil der Sammlung eines Veterinärlabors sei in der Eile nicht mehr vernichtet worden, die verbliebene 124 Stämme hätten russische Spezialisten entnommen und in Sicherheit gebracht. Es sei besorgniserregend, dass die Sammlung Krankheitserreger enthalte, die für die Veterinärmedizin nicht typisch sind – wie Typhus, Paratyphus und Wundbrand.
"Dies könnte ein Hinweis auf die missbräuchliche Nutzung des Labors und seine Beteiligung an einem militärisch-biologischen Programm sein."
Ein weiterer Hinweis seien drei am 9. März im Gebiet Cherson gefundene Drohnen mit 30-Liter-Behältern und Ausrüstung zum Versprühen von Substanzen. Ende April wurden in der Nähe des Dorfes Kachowka zehn weitere solche Geräte gefunden.
Das russische Militär gab auch Informationen über mutmaßliche Fälle der vorsätzlichen Infizierung von Kindern mit gefährlichen Krankheitserregern auf dem Territorium der ukrainisch kontrollierten Luganskaja Oblast im Jahr 2020 bekannt.
Mit dem Tuberkuloseerreger infizierte Flugblätter in Form von gefälschten Banknoten wurden laut dem Ministerium an Minderjährige in der Siedlung Stepowoje im Bezirk Slawjanoserbskij verteilt.
Laut der Schlussfolgerung der Republikanischen Sanitäts- und Epidemiologie-Station Lugansk "wurde die Kontamination der Geldscheine höchstwahrscheinlich künstlich herbeigeführt, da das Material extrem gefährliche Stämme des Erregers in Konzentrationen enthält, die eine Infektion und die Entwicklung des Tuberkuloseprozesses gewährleisten können." Und weiter:
"Die Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen bestätigten die Resistenz der isolierten Bakterien gegen Tuberkulose-Medikamente der ersten und zweiten Generation. Was bedeutet, dass die durch sie verursachte Krankheit viel schwieriger zu behandeln ist und die Behandlungskosten viel höher sind", so Kirillow zum mutmaßlichen Ziel des Experiments.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c088db480cc6aad30b1ae.jpg
Ihm zufolge fanden auf dem Territorium der Ostukraine auch weitere "unmenschliche Experimente des Pentagons" an ukrainischen Bürgern statt, wie etwa an Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus Nr. 1 (Dorf Streletschje, Region Charkow).
"Die Hauptkategorie der Probanden war eine Gruppe männlicher Patienten im Alter von 40 bis 60 Jahren mit einem hohen Grad an körperlicher Erschöpfung."
Die Spezialisten, die die biologische Forschung durchführten, seien über Drittländer eingereist, um ihre Zugehörigkeit zu den USA zu verschleiern. So zeigte Kirillow ein Foto der in Florida geborenen Linda Oporto, die direkt an diesen Arbeiten beteiligt war.
Das russische Verteidigungsministerium kam zu dem Schluss, dass die Ukraine in der Tat zum Testgelände des Pentagon für die Entwicklung biologischer Waffenkomponenten und die Erprobung neuer Arzneimittelmuster wurde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c0875b480cc70414bdc16.jpg

Die Behörde bestätigte, dass nicht-staatliche Stiftungen, die die Demokratische Partei in den USA unterstützen, und große Pharmaunternehmen, darunter Pfizer, Moderna, Merck und Gilead, an dem System beteiligt waren. Die US-Politiker Barack Obama, Joe Biden, Hillary Clinton und den Finanzspekulanten George Soros bezeichnete das Ministerium als Hauptideologen des profitablen Bioforschungsprogramms in der Ukraine. Kirillow betonte: "Amerikanische Experten arbeiten daran, neue Medikamente unter Umgehung internationaler Sicherheitsstandards zu testen. Infolgedessen können westliche Unternehmen die Kosten für Forschungsprogramme erheblich senken und sich einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verschaffen."
Bislang haben die USA die Existenz illegaler Programme zur Herstellung biologischer Waffen in der Ukraine vehement dementiert. In seiner Erklärung vom 10. April 2022 sagte Robert Pope, der Direktor des Cooperative Threat Reduction Programme, dass "es keine Grundlage für die Behauptung gibt, dass in der Ukraine Forschung zur Entwicklung biologischer Waffen stattfindet." Außerdem verfüge die Ukraine nicht über die nötige Infrastruktur, um "biologische Waffen zu entwickeln und herzustellen."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627c0e6e48fbef559e380f01.PNG

22:50 de.rt.com: **Laut russischem Verteidigungsministerium überwachte Biden das biologische US-Programm in der Ukraine**
Wie RIA Nowosti berichtet, hat US-Präsident Joe Biden früher die Arbeit des militärischen US-Biowaffenprogramms in der Ukraine koordiniert, und der Milliardär George Soros war dessen Hauptsponsor. Das erläuterte Igor Kirillow, der Chef der russischen ABC-Verteidigungskräfte.
Die politischen Ideengeber der militärisch-biologischen US-Aktivitäten in der Ukraine seien die Führer der Demokratischen Partei der USA, die mit den Einnahmen aus der Beteiligung kontrollierter Nichtregierungs- und biotechnologischer Organisationen ihre Wahlkampagnen finanzieren konnten, erklärte Kirillow bei einem Briefing am Mittwoch.
In Kirillows Präsentation werden vier Ideengeber des US-Biowaffenprogramms in der Ukraine aus den Reihen der führenden Demokraten genannt:
Der ehemalige US-Präsident Barack Obama hatte sich "2005 mit der Ukraine zusammengetan, um ein Biowaffenprogramm in dem Land zu starten", heißt es in der Präsentation. Die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton "initiierte die Verabschiedung einer US-Strategie zur Bekämpfung biologischer Bedrohungen und förderte die Legalisierung von Forschungen mit doppeltem Verwendungszweck."
Joe Biden, ehemaliger Vizepräsident unter Obama, "koordinierte die Aktivitäten der Ausführenden des militärisch-biologischen Programms" und sei in den Finanzbetrug in der

Ukraine verwickelt. Und schließlich wird George Soros als "Hauptsponsor der militärisch-biologischen Forschung in der Ukraine und als Lobbyist für Big Pharma" bezeichnet.
In der Ukraine sei ein Netz von mehr als 30 biologischen Labors entstanden, die im Interesse des Pentagons arbeiteten, erläuterte Kirillow. Alles, was für die Fortführung des militärisch-biologischen Programms der USA erforderlich sei, sei bereits nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation aus der Ukraine abgezogen worden, äußerte Kirillow in seinem Bericht.
Russland schließt nicht aus, im Zusammenhang mit den biologischen Aktivitäten des US-Militärs in der Ukraine einen Konsultationsmechanismus im Rahmen der Biowaffenkonvention einzuleiten, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Russische Exporte nach Indien deutlich angestiegen**
Trotz des politischen Drucks westlicher Staaten auf Indien, sich vom Import fossiler Brennstoffe aus Russland zu verabschieden, erhöhte Neu-Delhi innerhalb der letzten zwölf Monate dramatisch die Einfuhren aus dem Land.
Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges sind die russischen Exporte nach Indien trotz des Drucks der westlichen Staaten um das Dreifache gestiegen, wie die Zeitung Financial Express berichtete. Innerhalb des Zeitraums von einem Jahr stiegen die Einfuhren aus Russland nach Indien auf 4,67 Milliarden Dollar (4,43 Milliarden Euro). Die Zeitung führt den Anstieg auf Anstrengungen der indischen Regierung zurück, günstige Geschäfte mit russischen Lieferern zu schließen – mit der Absicht, den globalen Angebotsmangel verschiedener Güter, etwa bei Kohle und Düngermittel, auszugleichen.
Die indischen Ausfuhren gingen dagegen in demselben Zeitraum um 57 Prozent auf nur 266 Millionen US-Dollar (252 Millionen Euro) zurück. Der Rückgang der indischen Exporte sei auf logistische Probleme und Zahlungsschwierigkeiten infolge der Auswirkungen der westlichen Sanktionen zu erklären, so anonyme Quellen gegenüber Financial Express.
Allein der Ankauf von Roherdöl aus Russland stieg zwischen dem 24. Februar und dem 8. Mai um 393 Prozent auf 1,86 Milliarden Dollar (1,76 Milliarden Euro). Die Importe raffinierter Erdölprodukte stiegen ebenfalls um beachtliche 175 Prozent auf 560 Millionen US-Dollar (531 Millionen Euro), so eine Quelle gegenüber der Zeitung, die sich auf vorläufige Daten berief. Der Import von verschiedenen Kohleprodukten stieg demnach um 277 Prozent auf 630 Millionen US-Dollar (597 Millionen Euro). Auch die Ankäufe von russischen Düngermitteln sind um ein Mehrfaches gestiegen, von 43 Millionen US-Dollar (40,8 Millionen Euro) im letzten Jahr auf 376 Millionen (356,6 Millionen Euro).
Bereits vor dem Kriegsausbruch im Februar sei eine Reihe wichtiger Einkaufsverträge mit Russland abgeschlossen worden, so die Quelle. Angesichts der ungenügenden Stromproduktion in Indien würden die hohen Kohlimporte aus Russland über den ganzen Sommer andauern. Indiens Strom stammt zu 75 Prozent aus Kohlekraftwerken, während es nur ein Viertel seines Kohlebedarfs aus eigenen Quellen abdecken kann. Da die Ukraine, die neben Russland einer der wichtigsten Exporteure von Düngermittel ist, aufgrund des Krieges Schwierigkeiten mit dem Export hat, seien die Importe aus Russland nach Indien erhöht worden.
Diese Entwicklungen kommentiert die indische Zeitung folgendermaßen:
"Der Anstieg der Importe aus Moskau deutet darauf hin, dass Neu-Delhi, ein Nettoimporteur von Rohstoffen, trotz des zunehmenden Drucks des Westens, 'billiges' russisches Öl zu meiden, seinen eigenen Weg gehen will, zumal seine Kritiker selbst große Abnehmer russischer fossiler Brennstoffe sind."
Erst vor Kurzem hatte Indiens Finanzministerin Nirmala Sitharaman die Entschlossenheit

ihres Landes bekräftigt, sich nicht gegenüber westlichen Drohungen einschüchtern zu lassen: "Ich werde die Interessen meines Landes und die Energiesicherheit an erste Stelle setzen. Wenn Erdöl verfügbar und billig ist, warum sollte ich es nicht kaufen?"
Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar kritisierte seinerseits die "Kampagne" gegen indische Erdölimporte aus Russland mit dem Verweis darauf, dass Indiens Erdölankäufe in einem Monat vermutlich weniger seien als Europas Importe aus Russland an einem Nachmittag.
Berichten zufolge bietet Russland Indien einen Rabatt von 30 bis 35 Dollar pro Barrel an.
In den ersten zwei Monaten nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges soll Russland fossile Brennstoffe im Wert von 63 Millionen US-Dollar (59,9 Millionen Euro) exportiert haben, wobei der Löwenanteil von europäischen Staaten gekauft worden sei, wie die Financial Times berichtete. Demnach waren die größten Importeure von Kohle, Erdöl und Erdgas aus russischer Produktion Deutschland, Italien und China. Anderen Zahlen, die von dem Zentrum für Forschung zur Energie und Sauberen Luft zusammengestellt wurden, zeigen, dass in diesem Zeitraum sogar die USA mehr fossile Brennstoffe aus Russland importierten als Indien.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bb9fbb480cc1fe67f02cc.jpeg

wpered.su: **Eine Delegation der KPRF unter Leitung von Kasbek Tajsajew besuchte den Donbass**
Am 10. Mai trafen der Sekretär des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleuten, Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew, der zweite Sekretär des Nowosibirsker Oblastkomitees der KPRF Renat Ismailowitsch Sulejmanow, der Berater des Vorsitzenden des ZK der KPRF, der Abgeordnete der VI. Staatsduma der RF Wladimir Romanowitsch Rodin, die leitenden Redakteurin der Zeitung „Prawda Moskwy“ Julija Borissowna Michajlowa, der Assistent eines Abgeordneten Julij Jakubowitsch Jakubow und die stellvertretende Leiterin der Abteilung des ZK der KPRF für nationale Politik und die SKP-KPSS Marina Beksultanowna Achmajewa im Donbass ein. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.
Die erste Station auf dem Weg war die Donezker Volksrepublik. Am Morgen legte die Delegation Blumen an den Gräbern der Helden der DVR nieder, ehrte das Andenken wahrer Verteidiger ihres Volkes: des ersten Oberhaupts der Republik Alexandr Sachartschenko und von drei Bataillonskommandeuren – Giwi, Motorola, Shoga und anderer Soldaten.
„Echte Helden, die für die Unabhängigkeit ihres Landes und die Freiheit der Bevölkerung kämpfen. Ihre großen Taten sind in die Geschichte eingegangen. Für immer in unseren Herzen“, sagte Kasbek Tajsajew während des Besuchs der Allee der Helden.

Weiter fand ein Treffen mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin statt. Zu Beginn überbrachte Kasbek Kuzukowitsch Grüße des Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Andrejewitsch Sjuganow. Denis Wladimirowitsch seinerseits danke dem russischen Volk für die Unterstützung des Donbass unter unterstrich, dass die KPRF sich seit 2014 immer an der Seite der Einwohner der DVR und LVR befunden haben: die Kommunisten haben brennende Fragen von der Tribüne der Staatsduma aus angesprochen, die den Status der Republiken betrafen, sie haben humanitäre Konvois geschickt und sind persönlich in den Donbass gefahren.
Das Staatsoberhaupt der DVR berichtete, dass die ukrainische Oberschicht über lange Jahre eine wirkliche ideologische Beeinflussung betrieben hat und zu diesem Zweck an enormen Mitteln nicht gespart hat. Und heute ist es wichtig mit der Faschisierung dieser Territorien ein Ende zu machen.
Außerdem wurden bei dem Treffen Fragen der Leistung der notwendigen humanitären Hilfe, der Evakuierung friedlicher Einwohner und der Verlauf der Kampfhandlungen erörtert.
Danach fuhr die Delegation nach Mariupol.
Auf dem Weg wurde in der Stadt Wolnowacha halt gemacht. Die Stadt wurde sehr stark zerstört – dort fanden heftige Kämpfe statt, die Ukronazisten verschanzten sich in Wohngebieten, die Mehrzahl der Stadtbewohner verbrachten diese alptraumhafte Zeit in den Kellern halb zerstörter Häuser. Aber dennoch sind die Einwohner heute stark und versuchen zu einem normalen Leben zurückzukehren – und die russische Seite hilft ihnen dabei auf jegliche Art: die Menschen erhalten Renten, auf dem Straßen wird für sie warmes Essen ausgaben und sie erhalten humanitäre Hilfe. Es fand ein Treffen mit dem kommissarischen Leiter der Stadtverwaltung von Wolnowacha Konstantin Sintschenko statt, er berichtete von Problemen, mit denen man heute zu kämpfen hat, sowie darüber, wie am Vortag des 9. Mai in dem von den ukrainischen Streitkräften befreiten Wolnowacha das Ewige Feuer entzündet wurden und wie die friedlichen Bürger feierten, dass sie wie die historische Wahrheit sagen und offen den Tag des Großen Sieges feiern können. Der Delegation gelang es mit Einwohnern von Wolnowacha zu sprechen: die Bürger erklären ihre Unterstützung der Spezialoperation zur Entnazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine, denn eine andere Art des Kampfes gegen den Faschismus gibt es nicht.
Weiter besuchte die Delegation die Ortschaft Wolodarskoje. Zur Zeit befindet sich in der örtlichen Schule von Wolodarskoje ein Aufnahmepunkt für Flüchtlinge, Menschen, die aus Mariupol herausgebracht wurden, werden in Klassenräumen und Fluren untergebracht.
Wie sich herausstellte, ist in Wolodarskoje eine Organisation der Kommunistischen Partei mit 20 Mitgliedern aktiv: das sind wunderbare Menschen, die die Delegation der KPRF mit großer Wärme und Freunde empfingen. Die Kommunisten legten gemeinsam Blumen am Denkmal für Wladimir Iljitsch Lenin nieder, das die Parteimitglieder im April dieses Jahres restauriert haben. Die Einwohner von Wolodarskoje berichteten darüber, wie lange sie auf die Befreiung und die Möglichkeit, offen die eigene Geschichte zu zeigen, mit Ehre die Fahne des Sieges in den Händen zu halten, den 9. Mai zu feiern und die Heldentaten ihrer Vorfahren zu ehren, gewartet haben. Das Kiewer Regime führte eine aktive zerstörerische Politik der Dekommunisierung durch.
„Ab jetzt werden wir immer in der Nähe sein, unsere Kraft liegt in der Konsolidierung“, erklärte Kasbek Tajsajew.
Am Ende des Tages traf die Delegation in Mariupol ein. Die Stadt hat großflächige Zerstörungen erlitten. Bei dem Besuch wurde das Dramatische Theater besucht, das unter schrecklichen Angriffen der Nationalisten ernsthaft gelitten hat. In ihm haben die Straftruppen von „Asow“ gewaltsam friedliche Einwohner als lebendes Schild festgehalten und dann haben sie – beim Abzug – das grße Gebäude gesprengt. Die Situation in Mariupol bleibt bis heute äußerst angespannt: Straßen sind vermint, es sind ununterbrochen Artillerieschüsse und Detonationen in der Nähe zu hören – in „Asowstal“. Aber das wichtigste ist, dass die Stadt

schon befreit ist, Mariupol wird vollständig in Ordnung gebracht und wiederaufgebaut werden.

http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/05/zcQZGXANKvBWKCqCOeRbRElihTWUtO6SgCcgNl2g-S-aURQFALDi7dyauie81XAVYptMZG6NUp1nWBL4WzsHUbRC-1024x768.jpg

7:00 de.rt.com: **Vučić: Neue antirussische EU-Sanktionen gefährden Öl- und Gaslieferungen aus Russland an Serbien**
Neue EU-Sanktionen könnten die Öl- und Gaslieferungen aus Russland nach Serbien stoppen. Darauf wies der serbische Präsident Aleksandar Vučić in Brüssel nach einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanländer mit der EU-Führung hin. Er erklärte Reportern:
"Das Problem ist, dass ich nicht weiß, welche Sanktionen verhängt werden, was sie im sechsten Paket sanktionieren werden. Nach dem sechsten Paket wird wahrscheinlich ein siebtes und ein achtes Paket folgen. Was wird noch unter Sanktionen fallen?"
Ohne Energieressourcen aus Russland würde Serbien vor ernsthaften Problemen stehen, so Vučić.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c90beb480cc57772ffd96.jpg

8:10 de.rt.com: **Regionale Behörden: Gebiet Cherson wird nicht von der Integration in die Russische Föderation abweichen**
Das Gebiet Cherson werde nicht von seinem Kurs zur Integration in die Russische Föderation abweichen, eine Rückkehr zur ukrainischen Kontrolle sei ausgeschlossen, erklärte Kirill Stremousow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Stremousow ist stellvertretender Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes. Er sagte:
"Das Gebiet Cherson hat den Weg der Integration in die Russische Föderation eingeschlagen und wird von diesem Weg nicht abweichen. Wir haben keine andere Möglichkeit. Es ist noch schwer zu sagen, wie lange die Übergangszeit dauern wird, aber bis Ende des Jahres werden wir nicht nur auf der Ebene der öffentlichen Meinung, sondern auch in Bezug auf die Gesetzgebung für einen reibungslosen Übergang zum Status eines Subjekts der Russischen Föderation bereit sein."
"Das Gebiet Cherson wird nie wieder eine Kolonie der westlichen Partner sein, die die Ukraine in die völlige Degradierung geführt haben."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c8ba848fbef55a809293f.jpg

8:30 de.rt.com: **Es droht ein weiteres Mariupol: Mehr als 90.000 Zivilisten als lebende Schutzschilde für ukrainische Truppen im Ballungsgebiet Kramatorsk-Slawjansk**
Ukrainische Streitkräfte haben im Ballungsgebiet Kramatorsk-Slawjansk in der Region

Donezk ein befestigtes Gebiet, das mehr als 170 Quadratkilometer umspannt, eingerichtet und für den Wehrbetrieb eines klassischen befestigten Raums notwendigen Reserven dort angelegt. Diese Information gab Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Nationalen Verteidigungskontrollzentrums, am Mittwoch bekannt:
"In der Agglomeration Kramatorsk-Slawjansk haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte wie zuvor in Mariupol eine zusammenhängende Befestigungsanlage mit einer Gesamtfläche von über 170 Quadratkilometern eingerichtet und die notwendigen Reserven an Waffen, Munition, Treib- und Schmierstoffen, Lebensmitteln und Medikamenten angelegt."
Misinzew, der auch das russische Hauptquartier für die Koordinierung humanitärer Maßnahmen in der Ukraine leitet, berichtete von der grausamen Taktik, die die Besatzer dieses improvisierten befestigten Raumes anwenden:
Aufklärungsdaten zufolge haben die Kämpfer wie zuvor in Mariupol schwere Waffen und Kampffahrzeuge in dicht besiedelten Gebieten disloziert und Feuerstellungen in Häusern eingerichtet. Ebenso wie in Mariupol werden Stadtbewohner unter dem Vorwand ihrer eigenen Sicherheit in Kellern festgehalten. An den Wänden von Gebäuden wurden Aufschriften von der Art "Achtung! Kinder!" oder "Hier sind Kinder! Nicht schießen!" angebracht.
Nach Angaben des Generals haben ukrainische rechtsextreme Milizen insgesamt mehr als 90.000 Zivilisten in Wohngebieten und auf den Geländen von mehr als 10 großen Industrieunternehmen in Kramatorsk und Slawjansk eingesperrt und missbrauchen sie als menschliche Schutzschilde:
"Um seine verbrecherischen Ziele zu erreichen, ist das Kiewer Regime bereit, die Leben von Tausenden eigener Bürger zu opfern. Dies entspricht den Methoden, die die Nazis während des Großen Vaterländischen Krieges zur Schaffung von 'Festungsstädten' anwandten."
Misinzew betonte, dass solcher Umgang der ukrainischen Faschisten mit der Zivilbevölkerung allen allgemein anerkannten Normen der Moral und den Prinzipien des humanitären Völkerrechts widerspricht. Bei solchen Aktionen handele es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Terrorismus, was die Vertreter des Kiewer Regimes ebenso zu Kriegsverbrechern und Terroristen macht wie die unmittelbaren Täter selbst.
Der Generaloberst rief die Weltgemeinschaft, die Vereinten Nationen, die OSZE sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und weitere internationale Organisationen auf, unverzüglich alle verfügbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung aus diesen von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Städten so schnell wie möglich zu evakuieren.

lug-info.com: **Gratulation des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik zum Tag der Luganskер Volksrepublik**
Liebe Landsleute!
Vor acht Jahren traf das Volk des Luganskер Lands seine Wahl: in einem gemeinsamen Aufschwung führte es das Referendum durch, stimmte für Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der Region, sagte „Nein“ zu kriminellen Oligarchen und Nationalisten, die rechtswidrig in Kiew an die Macht gekommen waren. Die Entscheidung über die Ausrufung der Luganskер Volksrepublik unterstützte die Mehrheit der Bürger: so begann die Geschichte des jungen Staates, der den einzigen richtigen Weg gewählt hatte – die Integration mit Russland.
In dieser Zeit haben wir nicht wenig Prüfungen durchlaufen: wir kämpfen gegen Blockaden, die von der Ukraine ausgerufen worden waren, belebten die Ökonomie wieder, heilten Wunden des Krieges und bauten alles wieder auf, was die ukrainischen Faschisten so stark, so heftig versuchten zu zerstören. Unser gemeinsames Ziel – der Aufbau eines blühenden, gedeihenden zukünftigen Heimatlandes.
Den Tag der Republik begehen wir dieses Jahr zum ersten Mal mit tausenden von

Landesleuten, die vom Joch und der Besatzung der Kiewer Nazis befreit sind. Wenn wir unseren starken, unbeugsamen Donbass-Charakter, Fleiß, enormes schöpferisches und professionelles Potential vereinen, dann werden wir, davon bin ich überzeugt, gemeinsam alle Prüfungen überwinden und für unsere Kinder und alle folgenden Generationen ein würdiges, stabiles Leben gewährleisten.
Sehr geehrte Freunde!
Von ganzem Herzen wünsche ich starke Gesundheit, Liebe und Glück. Dass in Ihren Familien immer das Gute und gegenseitiges Verständnis herrsche. Das wichtigste – baldigsten Frieden und den versprochenen, lang erwarteten Sieg uns allen!
Zum Feiertag, Lugansker Volksrepublik!
Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Pasetschnik

8:32 de.rt.com: **US-Umfrage: Die Sanktionen schmerzen die USA mehr als Russland**
Die meisten US-Amerikaner schauen auf die ökonomischen Sorgen im eigenen Land, und mehr als zwei Fünfteln der Befragten ist das Schicksal der Ukraine gleichgültig. Es wünschen sogar mehr Befragte einen Rücktritt Bidens als einen Rücktritt Putins.
Eine neue Umfrage hat ergeben, dass 53 Prozent der US-Amerikaner glauben, die gegen Moskau gerichteten Sanktionen fügten den USA mehr Schmerzen zu als Russland. Zwischen explodierenden Benzinpreisen und steigenden Lebenshaltungskosten verlieren die Wähler das Vertrauen in die Führungsstärke des US-Präsidenten Joe Biden – und 43 Prozent sagen, es wäre für sie "OK", wenn die Ukraine ihren Konflikt mit Russland verliert.
Bei einer Inflation in einer Höhe wie zuletzt vor vierzig Jahren und auch Benzinpreisen in der Nähe des bisherigen Rekords enthüllte die Umfrage des Democracy Institute/Express.co.uk, dass Biden auf sämtlichen Politikfeldern negativ abschneidet, und zwar mit dem schlechtesten Wert in der Außenpolitik. 56 Prozent lehnen seinen Umgang mit auswärtigen Angelegenheiten ab, verglichen mit nur 40 Prozent Zustimmung. In Bezug auf die Ukraine stimmen nur 38 Prozent seiner Vorgehensweise zu, während 52 Prozent diese ablehnen.
Die Biden-Regierung hat versucht, die Verantwortung für die steigenden US-Lebenshaltungskosten einfach Russland und dessen Präsidenten Wladimir Putin zuzuschieben. Bidens Untergebene reden ständig von "Putins Preissteigerungen". Die Lebenshaltungskosten stiegen aber bereits seit einigen Monaten, noch bevor Russland Truppen in die Ukraine schickte, und die Wähler zeigen wegen ihrer wirtschaftlichen Sorgen vielmehr mit dem Finger auf Biden.
50 Prozent von ihnen sagten, sie würden bei den Zwischenwahlen die Republikaner unterstützen; nur 42 Prozent kündigten an, für die Demokraten stimmen zu wollen. Neben dem Umfrageergebnis, dass es mehr Wähler "OK" als "nicht OK" finden, sollte die Ukraine den Konflikt mit Russland verlieren (43 Prozent zu 41 Prozent), denkt eine Mehrheit der Amerikaner außerdem, es wäre besser, wenn Biden zurücktreten würde (53 Prozent) als das einige von Putin hoffen (44 Prozent).
Biden hat Sanktionen über den russischen Banken- wie Energiesektor verhängt, und seine Regierung hat Waffen im Wert von fast 4 Milliarden Dollar in die Ukraine geschickt, wobei Verteidigungsminister Lloyd Austin im vergangenen Monat versprochen hat, "Himmel und Hölle in Bewegung zu versetzen", um Kiews Kampf zu finanzieren. Der US-Präsident hat außerdem den Kongress gebeten, einem weiteren Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 33 Milliarden Dollar zuzustimmen – wovon 20 Milliarden für militärische Hilfe bestimmt sind –, und er unterzeichnete am Montag das Land-Lease-Gesetz von 2022, das es Washington erlaubt, unbegrenzte Mengen an Waffen nach Kiew zu schicken.
In den Augen des Kreml bedeutet diese Waffenflut zusammen mit den Vereinbarungen über das Teilen von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der USA mit Kiew, dass der Westen "im Grunde mit Russland einen Stellvertreterkrieg führt".
"Die Amerikaner waren anfangs sehr für Sanktionen, aber jetzt sind sie das nicht mehr", sagte

Patrick Basham vom Democracy Institute dem Express. "Biden hat am Anfang diese Vorhersagen gemacht – der Rubel wird Schutt, wir werden die russische Wirtschaft verschrotten, das Volk wird sich erheben, Putin verschwindet, die Russen werden aus der Ukraine wegrennen ... nichts davon ist geschehen."
Dieser Unterschied zwischen Erwartung und Wirklichkeit, so erklärte Basham, habe die Bevölkerung zynisch gemacht, und er verglich den Verlust an Vertrauen mit der Ernüchterung der Öffentlichkeit im gesamten Westen in Bezug auf die Corona-Politik.
"Das Problem ist, dass mindestens die Hälfte des Landes in Amerika denkt, sie seien bei einer Menge dieses Covid-Krams getäuscht worden, so dass sie noch zynischer sind als vor zwei Jahren, was Regierung und Medien betrifft", sagte er.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627c17f748fbef40bc54dad9.jpg

9:05 de.rt.com: **Russischer Botschafter reagiert auf US-Vorwürfe zu Nahrungsmittelkrise**
Die Vereinigten Staaten verdrehten absichtlich Tatsachen, indem sie behaupteten, die internationale Lebensmittelkrise sei das Ergebnis des russischen Vorgehens in der Ukraine. Darauf wies der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow am Mittwochabend hin. Er stellte in einer von der russischen diplomatischen Vertretung herausgegebenen Erklärung fest:
"Die USA stellen die Realität absichtlich auf den Kopf. Die Kiewer Behörden haben die Hafengewässer vermint und verhindern, dass Schiffe Lebensmittel und andere Waren in andere Länder liefern können. Gleichzeitig werden unsere Versuche, die Öffnung der humanitären Korridore zu vereinbaren, noch immer ignoriert."
Der Diplomat stellte fest, dass Washington "hartnäckig bleibt und nicht bereit ist, die Verantwortung für seine außenwirtschaftlichen Fehler zu übernehmen". Er hob hervor, dass die gegen Russland verhängten Beschränkungen die Versorgung mit Lebensmitteln und Düngemitteln nicht beeinträchtigen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627ca4e7b480cc57b21c009a.jpg

10:20 (9:20) novorosinform.org: **Basurin gab die Schließung des Awdejewker Kessels bekannt**

Trupen der DVR drängen die ukrainische Truppen weiter von Donezk weg.

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, gab die Einkreisung einer Gruppe ukrainischer Kämpfer in der Gegend von Awdejewka bekannt, berichtet "TschP Donezk".

"Der Awdejewker Kessel wurde nachts geschlossen, wir drücken den Ring zusammen", sagte er.

Darüber hinaus sagte Basurin, dass das ukrainische Militär weiterhin die Taktik anwende, Waffen in Wohnvierteln zu stationieren und sich hinter der Zivilbevölkerung zu verstecken. Derzeit registriere der Geheimdienst der DVR solche Fälle in Slawnjansk und Kramatorsk. Somit wiederhole das Kommando der Streitkräfte der Ukraine die Erfahrung von Mariupol, und der Ähnlichkeit nach sei es etwa so, als würde man einen Krieg gegen Terroristen in Syrien führen.

https://www.novorosinform.org/content/images/42/96/44296_720x405.jpg

9:30 de.rt.com: **Medienbericht: USA beschließen, Kiew keine Daten über russische Militärführung und Ziele außerhalb der Ukraine zu übergeben**

Die US-Regierung hat interne Richtlinien für den Austausch von Geheimdienstinformationen mit Kiew ausgearbeitet, um eine Verschärfung der Spannungen zwischen Washington und Moskau zu vermeiden. Das Dokument soll es US-Beamten unter anderem verbieten, der ukrainischen Seite detaillierte Informationen über den Aufenthaltsort der hochrangigen russischen Militärführung sowie Daten für Angriffe auf Ziele außerhalb der Ukraine zu übermitteln. Das berichtete die Washington Post unter Berufung auf Quellen.
Den Quellen zufolge erstreckt sich das Verbot auf die Weitergabe von Informationen über die ranghöchsten russischen Militärkommandeure und Minister. Es handelt sich jedoch nicht um Daten über den Aufenthaltsort russischer Offiziere in der Ukraine, einschließlich Generäle. Ein Beamter der US-Regierung teilte dem Blatt jedoch mit, dass Washington als Vorsichtsmaßnahme stillschweigend beschlossen habe, auch Informationen über die Generäle nicht weiterzugeben.
Die zweite Kategorie von Informationen, deren Weitergabe angeblich verboten wird, sind Informationen, die Kiew dabei helfen würden, russische Ziele außerhalb der ukrainischen Grenzen ins Visier zu nehmen. Die Zeitung hob hervor:
"Diese Regel soll unter anderem sicherstellen, dass die Vereinigten Staaten nicht zu einer Partei werden, wenn die Ukraine russisches Territorium angreift."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.5.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 360 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 222mm-Mehrfachraketenwerfern BM27 „Uragan“, 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Unter Beschuss waren die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 16 wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 29 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für Haubitzen D-30, 2 Panzer, ein Abwehrgeschütz SU-30, einen Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer, ein Schützenpanzer, 2 Panzerfahrzeuge und 4 Lastwagen wurden erbeitet. A**ußerdem legten 3 Soldaten der 95. Luftsturmbrigade und 2 Soldaten der 25 Luftlandebrigade freiwillig die Waffen nieder** und gingen auf die Seite der Donezker Volksrepublik über.
Dank des offiziellen Kommunikations-Bots der Volksmiliz der DVR haben die Artillerieeinheiten mehr als 80 Feuerpunkten des Gegners Schläge versetzt und mehr als 30 Feldartillerielager vernichtet. Ich merke an, dass gerade Zivilisten der Armee der Russischen Föderation und der DVR mit Informationen helfen wollen, es gibt auch ukrainische Soldaten, die die Waffen niederlegen und auf unsere Seite übergehen wollen.

9:50 de.rt.com: **Ungarn bietet Durchführung von Friedensgesprächen in Budapest an**
Die ungarische Führung hat angeboten, in Budapest Friedensgespräche mit Russland zu führen, um die Situation zu entschärfen. Dies sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview mit der Zeitung El Pais.
Früher habe Ungarn pragmatische Beziehungen zu Russland gepflegt und seit Beginn des Krieges habe Ministerpräsident Viktor Orbán auf seine Initiative hin ein Gespräch mit Russlands Präsident Wladimir Putin geführt, so der ungarische Chefdiplomat. Er fügte hinzu:
"Wir wollen nicht, dass die ungarisch-ukrainische Grenze zu einem Ort für Waffenlieferungen

wird."
"Wir werden keine Waffen durch Ungarn schicken oder den Transit von Waffen durch Ungarn erlauben."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 12.05.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
7 Mann;
2 Panzer;
2 Schützenpanzerwagen.
2 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte traf die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.
Mitarbeiter des Ermittlungskomitees der RF haben die Folgen eines Angriffs von Seiten der BFU unter Einsatz eines taktischen Raketenkomplexes 9M79-1 „Totschka-U“ auf Nowaja Astrachan erfasst.
Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.
So haben gestern Vertreter der „Gesamtrussischen Volksfront“ humanitäre Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen an die Unterkünfte von Flüchtlingen aus Städten, wo noch heftige Kämpfe stattfinden, in Stschastje geliefert.
Im Namen des Kommandos der Volksmiliz und in meinem eigenen gratuliere ich allen Bürgern der Lugansker Volksrepublik zum achten Jahrestag der Gründung unseres Staates. Mit den Jahren haben sich die freien Menschen des Donbass vom nazistischen Wesen der ukrainischen Politiker, von ihrem Wunsch, unser Volk, das sich der blutigen Junta, die in Kiew im Ergebnis eines kriminellen Staatsstreichs herrscht, nicht unterworfen hat, um jeden Preis zu vernichten, überzeugt. Nun wir dank der Spezialoperation der Nazismus in der Ukraine auf immer vernichtet werden und die Einwohner der Republik werden wieder ruhig schlafen können. Wir wünschen den Einwohnern der LVR Erblühen, Wohlergehen, Gesundheit und lange Jahre und wir unsererseits werden alles für den Frieden in unserem Land tun.

10:15 de.rt.com: **Kommandant: Ukrainische Kämpfer wollen Rubeschnoje als Flüchtlinge getarnt verlassen**
Ukrainische Soldaten versuchen, das Gebiet der Stadt Rubeschnoje zu verlassen, indem sie sich als Zivilisten verkleiden. Das teilte der Militärkommandant der Stadt mit dem Rufnamen "Kambrod" der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit. Er sagte:
"Es gibt Fälle, in denen ukrainische Soldaten in Zivilkleidung versuchen, Rubeschnoje in Richtung LVR-Gebiet zu verlassen. Wir nehmen sie fest."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627ca14548fbef17c97e2711.jpg

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Telegram-Kanäle berichteten vom Beginn des Angriffs auf Sewerodonezk**
Die Säuberung der Stadt von den Streitkräften der Ukraine könnte zur vollständigen Befreiung der LVR führen.
Die Autoren des Telegram-Kanals "Militarist" berichten über den Beginn des Angriffs auf Sewerodonezk durch die alliierten Streitkräfte der russischen Truppen und der Volksmiliz der LVR.
Am 12. Mai steht die Stadt immer noch unter der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte. Laut der Meldung des Telegram-Kanals besetzten die Alliierten die ersten 12 Häuser der Stadt.
Zuvor berichtete der Telegram-Kanal "Resident", dass die Überreste der Streitkräfte der Ukraine in Sewerodonezk innerhalb von 5-7 Tagen vollständig umzingelt werden könnten und die Truppen, die in diesen Frontabschnitt verlegt werden, nicht helfen könnten, die Stadt zu halten.
Es sei darauf hingewiesen, dass im Falle der Niederlage der ukrainischen Truppen in Sewerodonezk unter Berücksichtigung des Abzugs der Reste der Streitkräfte der Ukraine aus Popasnaja von die bevorstehenden Befreiung des gesamten Territoriums der LVR gesprochen werden kann.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/06/44306_720x405.jpg

10:40 de.rt.com: **Chinesischer Sicherheitsexperte: NATO-Truppen könnten bald nahe**

Sankt Petersburg stationiert sein
Sollte Finnland der NATO beitreten, könnten die Truppen der Allianz in der Nähe von Sankt Petersburg auftauchen, schrieb der ehemalige Leiter des Zentrums für internationale Sicherheitskooperation des chinesischen Verteidigungsministeriums, Oberstleutnant Zhou Bo, in einem Artikel für die Zeitschrift The Economist.
Der Autor erinnerte daran, dass der Kreml vor den Folgen eines Beitritts neuer Mitglieder zum Bündnis gewarnt hatte. Nach Ansicht Russlands würde dieser Schritt das Ende des nicht nuklearen Status der Ostsee bedeuten. Zhou stellte fest:
"Wenn Finnland der NATO beitritt, was sehr wahrscheinlich ist, werden die Truppen des Bündnisses eine Armlänge von Sankt Petersburg entfernt sein."
Der chinesische Militärbeobachter forderte das Nordatlantische Bündnis auf, den Standpunkt Russlands in dieser Frage ernst zu nehmen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627cae9348fbef0c426c40bb.jpg

11:40 (10:40) novorosinform.org: **Die Chefin der Europäischen Kommission erklärte, Russland bedrohe die Weltordnung**
Ursula von der Leyen warnte die Weltgemeinschaft vor einer Zusammenarbeit zwischen Moskau und Peking.
Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, Moskau fordere "sehr willkürliche internationale Beziehungen". Sie bezeichnete Russland als direkte Bedrohung für die Weltordnung, insbesondere wegen Moskaus "beunruhigendem Paket" mit Peking.
Die Leiterin der EK sagte ferner, dass die Europäische Union eine aktivere Rolle in der Indopazifik-Region einnehmen wolle.
„Wir wollen in einer für unseren Wohlstand so wichtigen Region mehr Verantwortung übernehmen“, zitiert sie Interfax.
Zuvor hatte von der Leyen gesagt, dass die Europäische Union Zahlungen für russisches Gas in Rubel nicht zulassen werde. Sie betonte, dass Zahlungen in der russischen Landeswährung einer Umgehung zuvor verhängter Sanktionen gleichkämen.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/07/44307_720x405.jpg

11:00 de.rt.com: **Russischer Inlandsgeheimdienst vereitelt Terroranschlag ukrainischer Sondereinheiten in Kursk**
In Russland wurde ein Einwohner des Gebiets Kursk festgenommen, der zusammen mit den ukrainischen Spezialdiensten einen Terroranschlag vorbereitet hatte. Das teilte das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB mit. In der Mitteilung hieß es:
"Ein Einwohner des Gebiets Kursk wurde festgenommen, der in Abstimmung mit den ukrainischen Sonderdiensten beabsichtigte, Explosionen auf dem Gebiet einer oder mehrerer Infrastruktureinrichtungen mit einer Massenansammlung von Menschen in Kursk durchzuführen."
Wegen Vorbereitung eines terroristischen Aktes wurde ein Strafverfahren eingeleitet. In der Wohnung des Verhafteten wurden zwei improvisierte Sprengsätze, eine Schreckschusswaffe mit Munition und Nazi-Literatur sichergestellt.

11:05 de.rt.com: **Medienbericht: EU plant Enteignungen von Russen, auch wenn keine Straftat vorliegt**
Die Europäische Union möchte es den Mitgliedstaaten ermöglichen, Vermögen von "russischen Oligarchen", ohne Gerichtsverhandlung und ohne dass sich der Betroffene etwas individuell zu Schulden kommen ließ, zu enteignen und verwerten. Derzeit werden laut "Politico" Vorschläge für entsprechende Regelungen erarbeitet.
Wie die US-amerikanische Tageszeitung Politico am Mittwoch meldete, will Brüssel EU-Ländern die Enteignung und Verwertung von durch Sanktionen eingefrorenen Vermögenswerten ermöglichen. Es soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, mit der Russen (offiziell: "russische Oligarchen") enteignet werden können, ohne dass ihnen eine Straftat nachgewiesen wurde oder ein Richterspruch gegen sie vorliegt.
Die Europäische Kommission wird einen Regelungsvorschlag vorlegen, meldet Politico unter Berufung auf zwei mit dem Plan vertraute Beamte. Dieser soll den EU-Ländern helfen, die im Rahmen der Sanktionen gegen Russland eingefrorenen Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Der Vorschlag, der in zwei Wochen vorgelegt werden soll, würde die "Umgehung von Sanktionen" zu einem "EU-Verbrechen" erklären. Dieser Schritt wiederum würde den Ländern die rechtliche Grundlage bieten, eingefrorene Vermögenswerte zu beschlagnahmen, sagten die Beamten.
Die Maßnahme soll sich auf eine Klausel im EU-Vertrag stützen, die es den EU-Ländern erlaubt, in Abstimmung mit dem Europäischen Parlament "Mindestregeln für die Definition von Straftaten und Sanktionen in den Bereichen besonders schwerer Kriminalität mit grenzüberschreitender Dimension festzulegen".
Nach neuesten Angaben aus dem Monat April beschlagnahmten EU-Mitgliedsländer

insgesamt Vermögenswerte in Höhe von rund 30 Milliarden EUR, darunter Jachten, Villen und Kunstgegenstände, die sanktionierten Personen und russischen Einrichtungen gehören.
Die bisherige Rechtslage lässt Konfiszierungen von Vermögen ohne gerichtlich festgestelltes individuelles Verschulden nicht zu. Zwar hat in Deutschland der Gesetzgeber im Jahr 2017 die Möglichkeiten des Verfalls und der Einziehung im Strafrecht erheblich ausgeweitet (so sind Verfall und Einziehung auch ohne Feststellung der Straftat in einem Urteil möglich, Verjährungsregeln gelten dafür nicht mehr usw.), Voraussetzung ist jedoch stets, dass der Betroffene das beschlagnahmte Vermögen aus einer Straftat erlangt hat.
Europäische Politiker in Deutschland, beispielsweise der Ministerpräsident von Thüringen Bodo Ramelow (Die Linke) oder der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Alexander Graf Lambsdorff, fordern aber Enteignungen von Vermögenswerten unter der alleinigen Voraussetzung, dass dieses (im Fall der meisten "russischen" Oligarchen gar ehemaligen) russischen Staatsangehörigen gehört, was der Einführung von Sippenhaft und an Abstammungskriterien bemessenen Kollektivschuldprinzips nahekommt.
Alexander Graf Lambsdorff äußerte im März gegenüber der FAZ, man hätte bislang "ein sehr juristisches Verständnis von Sanktionen" gehabt. Manche russische Oligarchen hätten in Berlin riesigen Immobilienbesitz und das lässt den Liberalen durchaus kommunistische Ideen entwickeln:
"Wenn wir nicht sicher sind, wo das Geld herkommt, mit dem Immobilie X finanziert worden ist, dann werden wir Immobilie X requirieren."
Ein Beamter sagte nun gegenüber Politico, der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission würde "die rechtlichen Möglichkeiten für die Beschlagnahme von Vermögenswerten ohne Verurteilung erweitern". Bisher erlaubten Sanktionen zwar das Einfrieren von Vermögenswerten "russischer Oligarchen". Künftig wolle man die eingefrorenen Vermögenswerte ohne ein Gerichtsverfahren und eine Verurteilung dauerhaft enteignen.
Die Frage, was mit den Vermögenswerten oder deren Erträgen zu tun sei, obliege den EU-Ländern, so die Beamten, die hinzufügten, dass die Diskussionen darüber, ob diese Gelder in die Ukraine umgeleitet werden sollten, fortgesetzt würden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627be34048fbef48a30a9972.jpg
Besetzung des Londoner Hauses von Oleg Deripaska, März 2022

12:16 (11:16) novorosinform.org: **Die Volksmiliz der LVR versucht, die Versorgung der Sewerodonezker Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine abzuschneiden**
Alliierte Truppen entwickeln eine Offensive in Richtung Lisichansk.
Die Befreiung von Popasnaja von den ukrainischen Truppen ermöglichte der Volksmiliz der LVR, eine Offensive gegen die DVR (im Süden) und gegen Lisichansk (im Norden) zu starten, was darauf hindeutet, dass der Moment der vollständigen Befreiung der Republik

bevorsteht. Der Pressedienst der Volksmiliz berichtete über die Erfolge an der Front.
Wir erinnern daran, dass nach der Ankündigung des tschetschenischen Führers Ramsan Kadyrow, Popasnjaa sei am 8. Mai befreit worden, das Militär der LVR diese Information bestätigte, indem es erklärte, es habe gemeinsam mit russischen Truppen die Kontrolle über dieses besiedelte Gebiet übernommen.
„Nach der Befreiung der Stadt Popasnaja entwickeln Einheiten der Volksmiliz der LVR und alliierter Streitkräfte weiterhin eine Offensive südlich der Stadt und auf Lisitschansk, schneiden ukrainische Kämpfer (in Lisitschansk und Sewerodonezk -Red.) von den Versorgungswegen ab und lassen ihnen keinen Spielraum. Der Feind wurde bereits hinter das Gebiet von Popasnaja zurückgedrängt", heißt es in dem Bericht.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/09/44309_720x405.jpg

11:30 de.rt.com: **Russlands Ex-Präsident Medwedew: "Stellvertreterkrieg der NATO erhöht die Gefahr eines Atomkriegs"**
Der frühere Präsident Russlands Dmitri Medwedew, der derzeit dem Nationalen Sicherheitsrat der Russischen Föderation als stellvertretender Vorsitzender angehört, hält einen Krieg zwischen der NATO und Russland, der in einem nuklearen Schlagabtausch kulminieren kann, für wahrscheinlich.
Der Versuch der NATO, die Ukraine mit Waffen auszustatten und so einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen, erhöht die Wahrscheinlichkeit eines offenen militärischen Konflikts zwischen der NATO und Russland, der wiederum zu einem Atomkrieg eskalieren könnte. Das wäre ein "katastrophales Szenario für alle", schrieb Medwedew am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal.
Zugleich stellte der Politiker klar, dass es nicht Russland sei, das die Welt mit einem Atomkrieg bedrohe. Vielmehr sei die steigende Gefahr eines Atomkrieg-Szenarios eine Folge des durch die NATO in der Ukraine geführten Stellvertreterkrieges. Die Anschuldigungen gegen Russland in diesem Zusammenhang bezeichnete Medwedew als zynisch.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627cc84eb480cc55b9232a0c.jpg

12:44 (11:44) novorosinform.org: **SBU bereitet eine Provokation in Dnepropetrowsk vor – Quelle**

Der ukrainische Sicherheitsdienst hat die Chefärzte der regionalen Krankenhäuser in Dnepropetrowsk verpflichtet, die Leichen von Frauen und Kindern, die bei Unfällen und Krankheiten gestorben sind, in das Mechnikow-Krankenhaus zu bringen.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat die Leiter der regionalen Krankenhäuser in Dnipropetrowsk verpflichtet, die Leichen von Frauen und Kindern zu entfernen, die an Unfällen und Krankheiten gestorben sind. Es wurde berichtet, dass die Leichen von dort aus in eine der sozialen Einrichtungen der Stadt gebracht werden sollen, wo ein simulierter Luftangriff der russischen Luftwaffe stattfinden soll, wie es in der SBU-Anordnung heißt. Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor erklärt, dass Kiew Provokationen vorbereite, um die russischen Streitkräfte des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zu beschuldigen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums plant die Ukraine ebenfalls eine Untersuchung "nach dem syrischen Szenario".

https://www.novorosinform.org/content/images/43/11/44311_720x405.jpg

12:45 (11:45) deu.belta.by: **Staatssekretär des Sicherheitsrates berichtet über Lage an**

westlichen Grenzen des Unionsstaates

In naher Zukunft wird die militärische und politische Lage an den Westgrenzen des Unionsstaates in naher Zukunft ihren Krisencharakter behalten. Die entsprechende Erklärung gab Alexander Wolfowitsch, Staatssekretär des (weißrussischen) Sicherheitsrates, in einem Interview mit der russischen Zeitschrift „Nationalnaja Oborona“ (Nationale Verteidigung) ab.

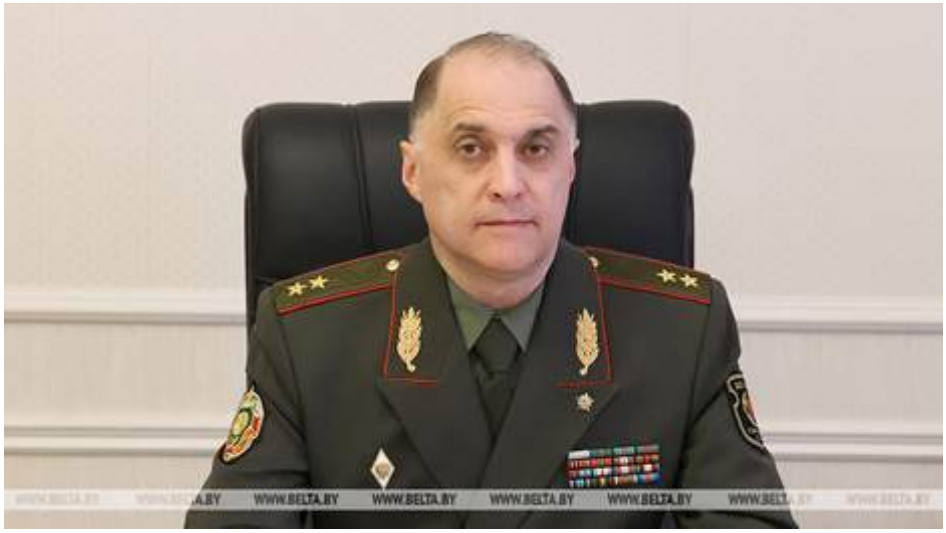
"Unseren Einschätzung zufolge wird die militärische und politische Lage an den Westgrenzen des Unionsstaates in naher Zukunft ihren Krisencharakter behalten und sich im Rahmen der weiteren Verschärfung der internationalen Beziehungen weiterentwickeln. Gleichzeitig sind angesichts der Truppenverstärkung in unmittelbarer Nähe von Belarus Provokationen mit Waffeneinsatz möglich, die zu verschiedenen, auch unbeabsichtigten Grenzzwischenfällen führen können, an denen sich sowohl nationale Streitkräfte als auch Verbände der verstärkten Bündnistruppen beteiligen können", betonte Alexander Wolfowitsch.

Ihm zufolge deuten all diese Faktoren darauf hin, dass die militärische Sicherheit von Belarus und Russland unmittelbar bedroht ist. "Um eine Eskalation zu einer militärischen Bedrohung zu verhindern, setzen unsere Streitkräfte eine Reihe strategischer Abschreckungsmaßnahmen um, die meiner Meinung nach eine angemessene Reaktion auf die aktuelle Krisensituation sind", sagte er.

Wolfowitsch wies darauf hin, dass die USA und ihre Verbündeten Truppenkonzentrationen in Ost- und Südosteuropa aufstellen, auch in unmittelbarer Nähe der Grenzen des Unionsstaates. Mehr als 20.000 ausländische Soldaten sind derzeit in Polen und den baltischen Staaten stationiert. Im Vergleich zu 2020 habe sich die Stärke des Kontingents mehr als verdoppelt. Die NATO-Luftwaffenkräfte bestehe derzeit aus mehr als 90 Flugzeugen. Etwa 40 von denen sind in Polen und den baltischen Staaten stationiert. Im Vergleich zu 2020 sei die Luftverstärkung in Europa um mehr als das Viereinhalbfache und in Polen und den baltischen Staaten um mehr als das Zweieinhalbfache erhöht worden. Auch der Flottenverband in der Ostsee und im Mittelmeer sei verstärkt worden.

"Darüber hinaus nehmen Umfang und Intensität der Einsatz- und Gefechtsübungen im Hoheitsgebiet der Nachbarstaaten zu, und es steigert sich auch die Zahl der beteiligten Streitkräfte und Ausrüstungen. So wurden seit Beginn dieses Jahres bereits mehr als 15 Übungen durchgeführt, an denen mehr als 60.000 Menschen und mehr als 5.000 Ausrüstungsgegenstände beteiligt waren. Polen und die baltischen Staaten erhöhen erheblich ihre Verteidigungsausgaben, die Zahl der nationalen Streitkräfte nimmt zu und die militärische Infrastruktur wird verbessert, um die Fähigkeit zur Aufnahme und zum Einsatz zusätzlicher NATO-Militärkontingente zu erhöhen", so Alexander Wolfowitsch.

Er betonte, dass die von den USA und ihren NATO-Partnern in östlicher Richtung ergriffenen Maßnahmen "nichts mit Eindämmung zu tun haben, sondern vielmehr darauf abzielen, Russland und seinen wichtigsten Verbündeten, insbesondere Belarus, übergeordnet zu sein sowie sie den Interessen des Westens unterzuordnen und in der Folge zu dessen rohstofflichen Anhängseln zu machen".



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1652349780_60633_big.jpg

nachmittags:

13:09 (12:09) novorosinform: **Nach der Befreiung von Popasnaja nahm der Beschuss der LVR deutlich ab – Marotschko**
Die Lage in der Republik werde von Tag zu Tag besser, sagte Oberstleutnant der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko.
Die Entmilitarisierung der Positionen, von denen aus die Streitkräfte der Ukraine die LVR und die Frontgebiete angriffen, wirke sich positiv auf die humanitäre Lage in der gesamten Republik aus, Marotschko gegenübder dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.
Er betonte, dass die Situation in der Republik jeden Tag besser werde. Der Beschuss durch ukrainische Militante werde erheblich reduziert.
Zuvor sagte Marotschko, dass die Verbrechen der Streitkräfte der Ukraine im Donbass sogar die pro-ukrainischen Einwohner von Lugansk, die vor 8 Jahren nach Rubischne und Sewerodonezk abgereist waren, von der Notwendigkeit einer Sonderoperation überzeugt hätten. Der Oberstleutnant stellte fest, dass sich die Meinung der Menschen geändert hat, nachdem sie die von ukrainischen Kämpfern begangenen Gräueltaten gesehen haben.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/15/44315_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Russische Raketentruppen zerstören ukrainisches S-300-System und zwei Munitionsdepots**
Die russische Armee hat angeblich ein ukrainisches S-300 Flugabwehrraketensystem, drei

Abschussrampen des Mehrfachraketenwerfersystems Smertsch und zwei Munitionsdepots zerstört. Außerdem sollen zwölf Kontrollpunkte der ukrainischen Truppen, 405 Sammelorte feindlicher Soldaten und Ausrüstung sowie 26 Artillerieeinheiten getroffen worden sein. Das verkündete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow bei einem Briefing.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627cc64648fbef37f72b3d16.jpg

13:16 (12:16) novorosinform: **In Mariupol hat die Wasserversorgung wieder begonnen**
Der Bürgermeister des befreiten Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, sagte, dass die Wasserversorgung der Stadt aus dem Starokrymskij-Stausee begonnen habe.
Nach Angaben des Bürgermeisters sind die Behörden von Mariupol jetzt mit der Wiederherstellung beschädigter Netze beschäftigt. Das Wassersystzem läuft noch im Testbetrieb.
"Wir haben bereits begonnen, Wasser aus dem Starokrymskij-Stausee zu liefern. Wir testen jetzt die Netze, die zu den Häusern führen, beobachten sie und stellen fest, wo es Unterbrechungen gibt", zitierte DAN Iwaschtschenko.
Er fügte hinzu, dass die Filterstation Starokrymsk bereits mit Strom versorgt werde. Ihm zufolge bedeutet dies, dass auch Mariupol mit Strom versorgt wird.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/16/44316_720x405.jpg

13:29 (12:29) novorosinform.org: **Budapest wird den Transport von Waffen in die Ukraine nicht zulassen - ungarisches Außenministerium**
Ungarn werde Kiew keine Waffen liefern und den Transport durch das Land in die Ukraine nicht zulassen, sagte der ungarische Außenminister.

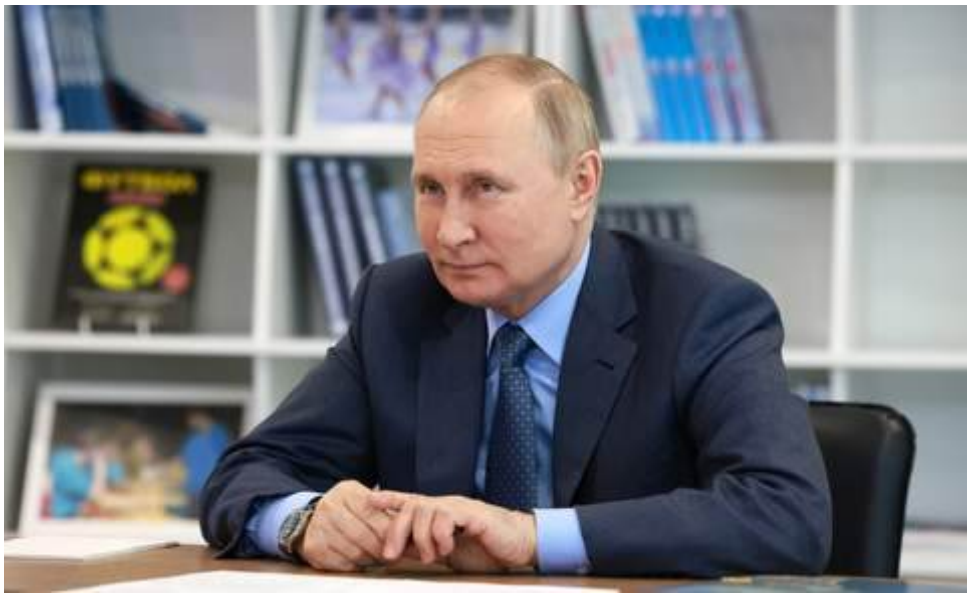
Die ungarischen Behörden würden nicht zulassen, dass die ungarisch-ukrainische Grenze zu einem „Transitpunkt“ für den Transport von Waffen gemacht wird, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto.
"Wir wollen nicht, dass die ungarisch-ukrainische Grenze ein Transitpunkt für die Lieferung von Waffen wird ... Wir selbst werden keine Waffen durch Ungarn versenden und dies auch nicht zulassen", wird Szijjarto in RIA Novosti zitiert.
Es sei darauf hingewiesen, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow westliche Länder gewarnt hat, dass Waffenlieferungen für die Ukraine ein legitimes Ziel für die russischen Streitkräfte sein würden.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/18/44318_720x405.jpg

12:40 de.rt.com: **Ukrainischer Kriegsreporter: US-Amerikanische Haubitzen M-777 bereits im Fronteinsatz**
Der ukrainische Kriegsreporter und Maidan-Propagandist Juri Butussow veröffentlichte ein Video, das zeigt, wie ukrainische Soldaten eine M-777-Haubitze auf den Einsatz vorbereiten. Das Video versah er mit dem Kommentar, dass die US-amerikanischen M-777-Haubitzen bereits an der Front seien. Vorerst seien sie zwar "nicht zahlreich genug, um den Verlauf der Kämpfe zu beeinflussen", andererseits könne diese Artillerie mit ihren Lenkraketen und der Satellitenaufklärung der russischen Armee einigen Schaden zufügen.
Die Lieferung der Haubitzen wurde Anfang Mai angekündigt. Die USA wollen 90 Haubitzen des Typs M-777 an die Ukraine liefern, während Australien sechs und Kanada vier weitere Haubitzen zur Verfügung stellen. Bei den M-777 handelt es sich um gezogene Haubitzen, die derzeit von der US-Armee und dem US-Marine Corps eingesetzt werden. Sie haben eine maximale Reichweite von 15 Meilen und benötigen eine Besatzung von acht bis 10 Personen.

13:05 de.rt.com: **Putin: "Bin zuversichtlich, dass die Souveränität der LVR durch gemeinsame Anstrengungen verteidigt werden kann"**
Der russische Präsident Wladimir Putin beglückwünschte das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Leonid Pasetschnik zum Feiertag, der heute in Bezug auf die Unabhängigkeitserklärung des Landes begangen wird. Putin äußerte sich zuversichtlich darüber, dass die Souveränität und territoriale Integrität der LVR durch gemeinsame Anstrengungen verteidigt werden könne. Der russische Staatschef erklärte in einer Botschaft: "Die Bürger der LVR begehen ihren Feiertag unter schwierigen Bedingungen und verteidigen ihre Heimat mit der Waffe in der Hand. Ich bin zuversichtlich, dass wir durch gemeinsame Anstrengungen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Republik verteidigen werden."
Putin wünschte Pasetschnik gute Gesundheit und Erfolg und allen Einwohnern von Lugansk

Kraft, Mut und Ausdauer im Kampf für eine friedliche und sichere Zukunft.
Am 12. Mai 2014 proklamierte die LVR ihre Unabhängigkeit, doch erst am 21. Februar dieses Jahres wurde ihre Souveränität von der Russischen Föderation anerkannt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627cc1bdb480cc5d8a7deaa7.jpg

13:25 de.rt.com: **Siemens stellt industrielle Aktivitäten in Russland ein**
Der deutsche Mischkonzern Siemens hat damit begonnen, seine industriellen Aktivitäten in Russland zurückzufahren. Dies teilte das Unternehmen in einer Pressemitteilung mit.
Im März stellte das Unternehmen die internationalen Lieferungen und die Arbeit an neuen Projekten in Russland ein. Der Konzern hat im ersten Quartal 2022 aufgrund der antirussischen Sanktionen 600 Millionen Euro verloren.

13:32 de.rt.com: **Französischer Linken-Politiker Mélenchon: "Die DDR wurde von Westdeutschland annektiert"**
In einer Fernsehdebatte erklärte der französische Linken-Politiker Jean-Luc Mélenchon Ostdeutschland zum Opfer einer gewaltsamen Annexion durch die alte BRD. Zudem "lieben die Franzosen Deutschland, dermaßen, dass es besser ist, wenn es zwei davon gibt, als nur eines".
Der französische Linken-Politiker Jean-Luc Mélenchon hat in einer Debatte beim französischen Sender France Inter die mutmaßliche deutsche Wiedervereinigung kritisiert und als gewaltsame Annexion der DDR durch die BRD dargestellt. Der Linken-Politiker sagte: "Die DDR wurde durch Westdeutschland annektiert."
Mélenchon verwies dabei auch auf ein von ihm verfasstes Buch, in dem er erklärte, wie die DDR annektiert wurde:
"Das war verfassungswidrig und nicht, was die Ostdeutschen wollten. Sie wollten selbst wählen und bestimmen, wie die West-Ost-Integration sein sollte, und ihre sozialen Errungenschaften bewahren."
Auch habe die alte Bundesrepublik als "Nachbarland" die Fabriken des Landes annektiert und die Institutionen und Eigentumsordnung geändert. Wie überall in Osteuropa hätte sich gegen die Ostdeutschen eine beispiellose soziale Gewalt gerichtet. Dies sei "keine gute Sache" gewesen. Weiter fügte er hinzu:
"Und außerdem lieben die Franzosen Deutschland, dermaßen, dass es besser ist, wenn es zwei davon gibt, als nur eines."
Mélenchon, Gründer der Partei La France insoumise (auf Deutsch: Unbeugsames Frankreich),

hat sich in der Vergangenheit immer wieder deutschlandkritisch geäußert und gilt als Kritiker der EU und der darin dominierenden Rolle Deutschlands. Im Wahlkampf sprach er sich für ein Ende der Sanktionen gegen Russland aus und für ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine. Er strebt zudem einen Austritt Frankreichs aus der NATO an.
Der Linken-Politiker landete in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen mit mehr als 23 Prozent der erhaltenen Stimmen knapp hinter der Rechtsaußen-Politikerin Marine Le Pen. Mélenchon führt gerade ein Bündnis mehrerer Linkspartien im Wahlkampf um das französische Parlament. Bei einem Sieg könnte er erheblichen Druck auf den kürzlich wiedergewählten Präsidenten Emmanuel Macron ausüben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627beb7748fbef559e380ed8.jpg

13:45 de.rt.com: **Peskow: NATO-Beitritt Finnlands ist Bedrohung für Russland**
Eine NATO-Erweiterung trage nicht zur Sicherheit in Eurasien bei und der geplante Beitritt Finnlands zum Bündnis ist eine Bedrohung für Russland. Das erklärte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, am Donnerstag vor Reportern. Auf eine entsprechende Frage eines Journalisten antwortete er:
"Auf jeden Fall. Eine zusätzliche NATO-Erweiterung wird unseren Kontinent nicht stabiler und sicherer machen."
Peskow betonte, dass Russland als Reaktion auf diese Situation Maßnahmen zur Gewährleistung seiner Sicherheit ausarbeiten werde.

14:01 (13:01) novorosinform.org: **Antirussische Sanktionen provozieren Weltwirtschaftskrise – Putin**
Der russische Staatschef sagte, dass die Besessenheit des Westens von Sanktionen zu schlimmen Folgen für die EU-Bürger führen werde.
Die Urheber der antirussischen Sanktionen treffen ihre eigenen Bürger, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, berichtet TASS.
Er betonte, dass die Sanktionsbesessenheit des Westens negative Auswirkungen sowohl auf die Bürger der Europäischen Union als auch auf die Bewohner der ärmsten Länder der Welt haben würde. Nach Angaben des russischen Staatschefs sind einige Länder bereits von einer Hungersnot bedroht, und die Schuld dafür liegt ausschließlich bei den Eliten des Westens.
Gleichzeitig stellte Putin fest, dass Russland mit der Sanktionspolitik fertig werde. Er wies darauf hin, dass sich die Inflation allmählich verlangsame und der Rubel an Stärke gewinne.
Darüber hinaus betonte der Präsident der Russischen Föderation, dass die diesjährige Getreideernte ein Rekord für die gesamte Geschichte Russlands sein könnte.

https://www.novorosinform.org/content/images/43/20/44320_720x405.jpg

14:04 de.rt.com: **Medienbericht: Russischer Rubel beste Währung weltweit**
Der Rubel hat sich laut einem Bericht von Bloomberg seit Jahresbeginn zur besten Währung weltweit entwickelt und den brasilianischen Real in der Rangliste überholt. Grund dafür sind die von der russischen Zentralbank verhängten Kontrollen des Kapitalverkehrs.
Trotz geopolitischer Unsicherheit und hoher wirtschaftlicher Risiken legt der Rubel weiter zu. Die verhängten Sanktionen wegen des Krieges in der Ukraine hatten den Rubel zunächst auf Talfahrt geschickt. So kostete ein US-Dollar Anfang März mehr als 121 Rubel. Damit erreichte die russische Landeswährung ein Allzeittief, erholte sich aber allmählich wieder und wurde in diesem Jahr zur besten Währung weltweit, wie Bloomberg am Mittwoch berichtete. Der Rubel hat gegenüber dem US-Dollar um 11 Prozent zugelegt und war damit stärker als der brasilianische Real, der um 9 Prozent angestiegen ist. Somit sei der Rubel zum Spitzenreiter unter den 31 von Bloomberg beobachteten Hauptwährungen geworden.
Moskau ermöglicht die Stärkung der russischen Landeswährung durch eine Reihe von Maßnahmen, die die angeschlagene Währung nach Einführung zahlreicher Sanktionen schützen sollen. Die Zentralbank führte Kapitalverkehrskontrollen ein und verpflichtete Exporteure zum Verkauf von Devisen. Zudem akzeptiert Russland im Zahlungsverkehr für Gasexporte an sogenannte unfreundliche Staaten nur noch Rubel. Gleichzeitig sind sich einige Experten, auf die sich Bloomberg bezieht, nicht sicher, ob die Stärkung des Rubels und sein Tauschwert dem echten Wert entsprechen.
Wie die Nachrichtenplattform betont, sei es bemerkenswert, dass der Rubel so gut zugelegt hat. Andere Länder, die in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls Kapitalverkehrskontrollen eingeführt hatten, konnten nicht die erhofften Ergebnisse erzielen. Als Beispiel führt Bloomberg die Türkei und Argentinien an, die in den vergangenen Jahren mit ähnlichen Maßnahmen keinen Erfolg hatten und deren Landeswährungen neue Tiefststände erreichten.
Währenddessen erreichte der Rubel am Donnerstag an der Moskauer Börse einen neuen Höchststand. Am Vormittag kostete ein US-Dollar erstmals seit Januar 2020 weniger als 68 Rubel.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627cde52b480cc55851e5567.jpg

14:15 de.rt.com: **Lettlands Verteidigungsminister mahnt zur Ruhe: "Lettland ist sicher und wird von niemandem bedroht"**

"Blumen zu zertreten ist primitiv und würdelos." Mit diesen Worten kritisierte Lettlands Verteidigungsminister Artis Pabriks die Stadtverwaltung von Riga für die Beleidigung der Gefühle der russischsprachigen Bevölkerung im Land.

Pabriks schrieb am Donnerstag auf Twitter:

"Ich fordere alle auf, sich zu beruhigen, auch die Politiker. Blumen zu zertreten und mit Traktoren wegzuräumen ist primitiv und für eine zivilisierte Nation unangemessen. Lettland ist sicher und wird von niemandem bedroht."

Wie berichtet, ließ die Stadtverwaltung bereits am frühen Morgen des 10. Mai alle am 9. Mai am Denkmal für die sowjetischen Soldaten niedergelegten Blumen abräumen. Daraufhin legten die Rigaer Bürger bis Dienstag Abend nochmals Tausende Blumen nieder.

Pabriks gilt als radikal russlandfeindlich und äußert sich in anderen Tweets weniger ausgewogen.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/b3xDU-BA0NfZuHpJWSvCnGJadWAwvseWVsIuceF8zL0R6f1jx1O1BuRhuTYEa9WjmgoCW7LhcPuMDeRzLbYuRVHmnCTUfdhqGDCGsaEZteicog3L79Ffwfqck_HL4rswOxmp1b_fH1E_jTgzBlEEfY2Ws7DtXMPt_C-DFppOhe5QnqDgDPj9iaVYduHV-1JZN_1q8jvkt-lJnYMXI0us7F6DEElI51kIJr0jFykMQQNnvph0E2-5yCe3JA6DwTXN75uUp-nuImfz-DT4vy4-CYbosCm-I60rE2e_yjnGBEwAd2Pf1IpU4Za3vezloXkVBSnb6i8Bb-mFjRk9ujcMmw.jpg

14:45 de.rt.com: **Lukoil kauft Shell-Werk und -Tankstellen in Russland**
Der russische Energieriese Lukoil kauft Shell Neft, dem in Russland mehr als 400 Shell-Tankstellen und ein Schmierstoffwerk gehören. Das teilte das Unternehmen in einer Erklärung mit.
Lukoil habe mit Shell-Tochtergesellschaften eine Vereinbarung über den Erwerb von 100 Prozent an Shell Neft getroffen, der im Einzelhandel mit Erdölprodukten und in der Produktion von Schmierstoffen in Russland tätig ist.
Das Geschäft wird nach Genehmigung durch den Föderalen Antimonopoldienst abgeschlossen.
Am 28. Februar kündigte Shell seinen Rückzug aus allen gemeinsamen Projekten mit Russland an, darunter Nord Stream 2 und das LNG-Projekt Sachalin 2, an dem das Unternehmen einen Anteil von 27,5 Prozent hat. Außerdem gab der Konzern am 8. März seine Absicht bekannt, mit dem schrittweisen Ausstieg aus russischen Ölprodukten, Pipelinegas und LNG zu beginnen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627cdcfdb480cc548b3309e0.jpg

15:00 de.rt.com: **Gazprom stellt den Transit von Erdgas durch Polen ein**

Russland hat auf die europäischen Sanktionen am Donnerstag mit Gegenmaßnahmen reagiert. Schrittweise offenbaren sich die Auswirkungen der Gegensanktionen auf den europäischen Energiemarkt: Nun fällt mit dem Gastransit durch Polen ein Lieferweg weg.

Der russische Gaslieferant Gazprom hat am Donnerstag mitgeteilt, dass er Gaslieferungen nach und durch Polen einstellen wird. Grund sind die russischen Gegensanktionen, von denen auch der Eigentümer des polnischen Abschnitts der Jamal-Europa-Pipeline betroffen ist.

Gegen eine Reihe ausländischer Energieunternehmen verhängte russische Sanktionen verbieten es Gazprom, die Pipeline, die Eigentum von EuRoPol GAZ (einem Joint Venture zwischen Gazprom und der polnischen PGNiG, der der polnische Abschnitt der Jamal-Europa-Pipeline gehört) ist, zu nutzen, um russisches Gas durch Polen zu leiten, sagte heute der Sprecher der Holdinggesellschaft Sergei Kuprijanow.

"Es wurde ein Verbot von Transaktionen und Zahlungen zugunsten sanktionierter Personen verhängt. Für Gazprom bedeutet dies insbesondere ein Verbot der Nutzung der im Besitz von EuRoPol GAZ befindlichen Gaspipeline für den Transport von russischem Gas durch Polen", begründete Kuprijanow die Entscheidung.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627d0d4db480cc3b7344b391.jpg
(Schema der Jamal-Europa-Pipeline)
Wie er weiter ausführte, hat die polnische Seite bereits wiederholt die Rechte von Gazprom als Anteilseigner der EuRoPol GAZ verletzt und das russische Unternehmen Ende April auf eine Sanktionsliste gesetzt, wodurch es nicht mehr in der Lage ist, Rechte an Aktien und anderen Wertpapieren des Joint Ventures auszuüben und Dividenden zu erhalten.
Ebenfalls am Donnerstag ist bekannt geworden, dass Gazprom aufgrund durch Russland erlassener Gegensanktionen kein Gas an seine frühere Tochtergesellschaft Gazprom Germania mehr liefern wird. Über Gazprom Germania wurde in der Vergangenheit zumindest ein Teil des deutschen Gasimports aus Russland abgewickelt.
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gab dazu heute bekannt, er mache sich keine Sorgen um die Sicherheit der Gasversorgung in Deutschland. Die betroffene Gasmenge könne über andere Verträge und neue Buchungen mengengleich Europa und Deutschland erreichen, wenn auch zu höheren Preisen.
Zuvor hatte die Ukraine den Teil des Gastransits, der eine Kompressorstation in der Region Lugansk nutzt, eingestellt. Nach Schätzungen fiel dadurch rund ein Drittel der Transportkapazitäten der ukrainischen Gaspipelines aus.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d138ab480cc3b7344b39e.jpg

16:00 de.rt.com: **Präsident und Regierungschefin für "unverzüglichen" NATO-Beitritt**

Finnlands

Es hatte sich über die letzten Wochen angedeutet, nun bezieht die oberste politische Riege Stellung: Finnland soll sich nach Ansicht von Präsident Sauli Niinistö und Ministerpräsidentin Sanna Marin auf den Weg in die NATO machen. Wie wird Schweden nun reagieren?

Der finnische Präsident Sauli Niinistö und Ministerpräsidentin Sanna Marin haben sich für einen "unverzüglichen" NATO-Beitritt ihres Landes ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung befürworteten die beiden am Donnerstag eine Mitgliedschaft in der westlichen Militärallianz. Dies würde "Finnlands Sicherheit und zugleich das gesamte Bündnis stärken", erklärten die beiden wichtigsten Politiker des nordischen Landes.

Es wird damit gerechnet, dass sich das nördlichste Land der EU in den kommenden Tagen – voraussichtlich am Sonntag – zu einem formellen Beitrittsantrag entschließt. Dieser Schritt wäre eine direkte Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine und der dadurch veränderten Sicherheitslage in Europa. Für das lange Zeit bündnisfreie Finnland, das eine mehr als 1.300 Kilometer lange Grenze zu Russland hat, wäre ein solcher Beschluss historisch.

Bevor das Land in der NATO aufgenommen wird, müssen dem alle 30 derzeitigen Mitglieder zustimmen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuletzt mehrmals signalisiert, dass es dafür innerhalb des Bündnisses breite Unterstützung gibt.

76 Prozent der Finnen für NATO-Mitgliedschaft

Niinistö und Marins Regierung entscheiden in der NATO-Frage letztlich gemeinsam, sie haben das Parlament aber in die Entscheidungsfindung mit eingebunden. Auf dem Weg zu einem Beschluss hatte die Regierung dem Reichstag in Helsinki bereits im April eine Sicherheitsanalyse vorgelegt, in der Vorteile und Risiken einer möglichen NATO-Mitgliedschaft beleuchtet werden. Eine Positionierung für oder gegen eine solche Mitgliedschaft beinhaltete die Analyse aber nicht.

Finnland und auch das benachbarte Schweden sind heute bereits enge Partner der NATO, bislang aber keine offiziellen Mitglieder. Russlands Angriff auf die Ukraine hat jedoch in beiden Ländern eine intensive NATO-Debatte ausgelöst. In der Bevölkerung gab es jeweils einen deutlichen Meinungsumschwung hin zu einem möglichen Beitritt zu dem Bündnis. In einer jüngsten Umfrage des finnischen Rundfunksenders Yle hatten sich zuletzt 76 Prozent der Befragten für eine NATO-Mitgliedschaft Finnlands ausgesprochen.

Bei einem Besuch von Marin und der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Meseberg bei Berlin hatte zuletzt auch Bundeskanzler Olaf Scholz deutsche Unterstützung für einen NATO-Beitritt der Länder zugesagt.

Die finnische Bekanntgabe erhöht nun den Druck auf Schweden, zeitnah eine Entscheidung hinsichtlich einer NATO-Mitgliedschaft zu treffen. Am Freitag wurde dort eine eigene sicherheitspolitische Analyse erwartet, am Sonntag wollen Anderssons regierende Sozialdemokraten einen Beschluss zu ihrer eigenen Position in der Angelegenheit fällen. Am kommenden Dienstag und Mittwoch ist Niinistö schließlich beim schwedischen König Carl XVI. Gustaf in Stockholm zu Besuch.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627ce52048fbef389a70287b.jpg

16:15 de.rt.com: **Lettisches Parlament erlaubt Abriss des Denkmals für Sowjetische Soldaten in Riga**

Das lettische Parlament hat Änderungen verabschiedet, die den Abriss des Denkmals der Befreier Rigas im 2. Weltkrieg erlauben, berichtet der Telegramkanal Baltnews.

Nach Angaben des Nachrichtenportals setzte die Saeima, das Parlament der Republik Lettland, Artikel 13 des Abkommens über den Erhalt historischer Monumente, das Riga und Moskau im Jahr 1994 geschlossen hatten, außer Kraft und schuf damit die Rechtsgrundlage für den von der Rigaer Stadtverwaltung angestrebten Abriss des Befreier-Denkmals in der Hauptstadt.

Siebzig Abgeordnete stimmten für den Änderungsantrag, 18 stimmten dagegen und es gab keine Stimmenthaltungen.

Dem Parlamentsbeschluss ging ein Tauziehen rund um das sowjetische Denkmal zwischen der Stadtverwaltung und Teilen der Einwohner Rigas voraus. Die Rigaer Bürger legten am 9. Mai, dem Tag des Sieges über Hitlerdeutschland, große Mengen Blumen, Kränze und Kerzen an dem abgesperrten und provokativ mit ukrainischen Fahnen geschmückten Monument ab. Gleich am frühen Morgen des folgenden Tages ließ die Stadtverwaltung die Blumen abräumen, worauf die Einwohner Rigas bis zum Morgen des 11. Mai neue Blumen in noch größerer Anzahl zum Denkmal brachten.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/gLfY4_siMUGDkXUPqefVr474EkM7ioxP0oGuN2uhCH0HMzB-WtYEz5BrjV8XNNDU7WLm32dwHlx9ZbYZR_KXyY6KOyO5NipT8a3mbjI_Na2ruj-orl8ptkPg1ortnrERIhohOdcj4oML7v75smETo15zZvVgDZoZkjlk5kFTdJRqMBU9esbTPxpsTvf1ugAhOmRkqIr87ID7Upv85uUJ9jesbYtjj6Cms6MjxOKGP3rkjqxFJ3mnZvsXmjyudJS6r5p5Lby6s1nyAy4oaC-ys7stbp_junXm_kI0pMYQSToAzyQhiK0LDLkIw1TOzDoMJIuAfpzfW_iEjQrQ3p0iMg.jpg

16:45 de.rt.com: **"Macht unseren Kontinent nicht sicherer" – Moskaus Reaktion auf NATO-Mitgliedschaftspläne Finnlands**

Das offizielle Moskau hat am Donnerstag auf das Vorhaben Finnlands, der NATO beizutreten, reagiert. Das Außenministerium warnte, Russland werde gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, unter anderem militärischer und technischer Art. Kremlsprecher Peskow sprach von einer Bedrohung.

Der finnische Präsident Sauli Niinistö und die Ministerpräsidentin Sanna Marin wünschen sich einen "unverzüglichen" NATO-Beitritt ihres Landes. Das Bündnis hat Finnland seinerseits eine schnelle Aufnahme in Aussicht gestellt. Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Donnerstag, Finnland werde in der NATO "herzlich willkommen geheißen."

Das russische Außenministerium reagierte kritisch auf diese Entwicklungen. Helsinki müsse sich der Verantwortung und der Konsequenzen eines solchen Schrittes bewusst sein, hieß es in einer Erklärung auf der Webseite der Behörde. Der NATO-Beitritt Finnlands würde den Beziehungen zwischen Moskau und Helsinki ernsthaft schaden. Russland werde gezwungen sein, im Gegenzug sowohl militärische als auch technische Maßnahmen zu ergreifen, um die Bedrohungen für seine nationale Sicherheit einzudämmen, hieß es ferner. Die Absichten der finnischen Behörden seien ein "radikaler Wechsel des außenpolitischen Kurses".

Auch Kremlsprecher Dmitri Peskow kommentierte am Donnerstag Finnlands Vorhaben, das ihm zufolge eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands darstellt. Er sagte:

"Eine abermalige Ausweitung der NATO macht unseren Kontinent weder stabiler noch sicherer."

Die Reaktion Russlands werde davon abhängen, inwieweit die militärische Infrastruktur der NATO bis an die Grenzen Russlands vordringe.

Der russische Präsident Wladimir Putin habe ohnehin bereits angewiesen, die Sicherheit der westlichen Flanke Russlands mit Blick auf die NATO-Aktivitäten zu stärken, so Peskow. Finnland habe sich jenen unfreundlichen Schritten angeschlossen, die innerhalb der EU gegenüber Russland unternommen würden, erklärte der Kreml-Sprecher. Dies rufe in Russland Bedauern hervor und könne ein Grund für Spiegelreaktionen seitens Moskaus sein, fügte er hinzu.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d01c348fbef31c772852f.jpg

16:45 de.rt.com: **"Asow"-Kommandeur: 600 schwerverletzte Kämpfer im Stahlwerk von Mariupol**
Der Telegram-Kanal "Wojennyj Oswedomitel" meldet, dass nach Angaben des stellvertretenden Kommandeurs des "Asow"-Bataillons, Swjatoslaw Palamar, sich 600 schwer verwundete Regimentskämpfer in den Katakomben von Asowstal befänden. Überdies steige deren Zahl ständig weiter an.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627cff6b48fbef38493f6c89.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 12. Mai 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.
Kommunikationstechniker haben in Mariupol Arbeiten zum Anschluss einer Basistation an eine dauerhafte Stromversorgung ausgeführt.
Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 740 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 9 Hektar Territorium, 3000 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 1238 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 7000 humanitäre Pakete ausgegeben.
Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstrecke Wolnowacha – Chlebodarowka Reparaturarbeiten zur Wiederherstellung einer Oberleitung durchgeführt.
In die befreiten Territorien wurden 16 Tonnen Wasser und 1780 Laibe Brot geliefert.
Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.
Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.
Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).
Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten

wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

abends:

18:00 de.rt.com: **Ukraine erlaubt Beschlagnahmung des Eigentums von Unterstützern der russischen Sonderoperation**
Das ukrainische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das es Gerichten ermöglicht, das Eigentum derjenigen zu beschlagnahmen, die die Sonderoperation des russischen Militärs in der Ukraine unterstützen. Der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk schrieb auf Facebook (in Russland als extremistisch verboten):
"Auf der Plenarsitzung des Parlaments wurde das Gesetz Nr. 7194 verabschiedet [...] – es erlaubt, das Eigentum derjenigen, die die russische Aggression unterstützen, per Gerichtsbeschluss zu konfiszieren."
Zuvor hatte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine beschlossen, das Eigentum der russischen "Sberbank" und der staatlichen Außenhandelsbank Russlands (Wneschekonombank) zwangsweise zu beschlagnahmen – eine Maßnahme, die auch für Tochtergesellschaften russischer Unternehmen gilt.
Beide Banken erklärten daraufhin, gegen die beschlossenen Maßnahmen Rechtsmittel einlegen zu wollen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d1e1eb480cc3f0d08b541.jpg

lug-info.com: In dem nun befreiten Popasnaja sind etwa 96 der Gebäude und Einrichtungen beschädigt, die Situation ist äußerst schwierig und angespannt, teilte das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik heute in einer Sendung von „Rossija-24“ mit.
Die Volksmiliz setzt derzeit die Offensive in Richtung Lissitschansk und Sewerodonezk fort. „Der Gegner hat in Lissitschansk und Sewerodonzek einen sehr ernsthaften Stützpunkt eingerichtet und beabsichtigt die Praxis der Verteidigung durch die friedliche Bevölkerung in die Praxis umzusetzen, das heißt sie als lebendes Schild für sich zu nutzen, was zweifellos die Ausführung der vor uns stehenden Kampfaufgaben erschweren wird, weil unsere Hauptaufgabe ist, die Zivilbevölkerung der Territorien, die wir befreien maximal zu schützen“, das Staatsoberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik.
Derzeit sind etwa 80 Prozent des Territoriums der LVR befreit.

18:45 de.rt.com: **Litauen ruft Botschafter in Russland zurück und schließt Generalkonsulat in St. Petersburg**
RIA Nowosti meldet, dass der Entwurf für ein Dekret über den Rückzug des litauischen Botschafters aus Russland ab dem 1. Juni und die Auflösung des Generalkonsulats in St. Petersburg ab dem 7. Juni in das litauische Parlament, den Seimas, eingebracht wurde, wie

aus der Webseite des Parlaments hervorgeht. Demnach sei geplant,
"den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Republik Litauen in der Russischen Föderation zum 1. Juni 2022 ... Eitvydas Bajarunas von seinem Amt zu entbinden".
Der Entwurf wurde vom litauischen Außenministerium ausgearbeitet.
In einem anderen Dokument wird die Auflösung des Generalkonsulats der Republik Litauen in St. Petersburg ab dem 7. Juni 2022 gefordert.
Zuvor hatte der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis erklärt, das Land werde seine diplomatischen Beziehungen zu Russland zurückstufen und seinen Botschafter aus Moskau zurückholen.
Das russische Konsulat in Klaipėda wurde bereits geschlossen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d29adb480cc3b7344b3c0.jpg

18:46 de.rt.com: **Erste Lieferstopps bei Gazprom Germania – Habeck beruhigt und appelliert an Verbraucher**
Deutschland muss sich auf täglich rund zehn Millionen Kubikmeter Gas weniger einstellen, denn die russischen Gegensanktionen treffen auch die deutsche Gazprom-Tochter Germania. Laut Robert Habeck besteht kein Grund zur Sorge. Dennoch appelliert er, Gas einzusparen.
Auf die neuesten Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland ist nun die Antwort aus Moskau erfolgt. Am Mittwoch verbot die russische Regierung nicht nur Geschäfte mit der Gazprom-Tochter Germania, sondern auch das Anlegen von Vorräten mit russischem Gas in den Speichern Europas. Die Sanktionen des Kremls machen sich nur einen Tag später bereits bemerkbar. Denn laut Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) wird Gazprom Germania teils nicht mehr mit russischem Gas beliefert. Dennoch sieht er Deutschland vorbereitet.
In Deutschland bekämen einige der Gazprom-Tochterunternehmen "jetzt kein Gas mehr aus Russland", erklärte der Bundeswirtschaftsminister am Donnerstag im Bundestag. Allerdings sei Deutschland auf die von Russland angekündigten Sanktionen eingestellt. "Wir haben uns auf die Situation vorbereitet", sagte Habeck. Den Gasausfall könne der Markt aber kompensieren.
Die Entwicklungen zeigten aber die Möglichkeit, dass Energie als Waffe genutzt werden könne. Die Voraussetzung dafür, dass Deutschland in Zukunft sicher sei, so der Grünen-Politiker weiter, sei der Ausbau der erneuerbaren Energien. Um diesen bemühe sich die Bundesregierung bereits.
Am Mittwoch hatte der Kreml eine Verfügung veröffentlicht, nach der mit insgesamt 31 Firmen von russischer Seite aus keine Geschäfte mehr gemacht werden dürfen. Zu den von den Sanktionen betroffenen Unternehmen gehört auch die Gazprom-Tochtergesellschaft Germania, die Anfang April unter staatliche deutsche Kontrolle gestellt worden war.
Bereits am Donnerstag waren die ersten Auswirkungen der Verfügung spürbar. Demnach ging

der Transit von russischem Gas durch die Ukraine nach Europa im Laufe des Tages spürbar zurück. Nach Angaben des ukrainischen Netzbetreibers OGTSU lag das Auftragsvolumen für die Durchleitung russischen Gases am Donnerstag lediglich noch bei 53,2 Millionen Kubikmeter. Laut dem aktuellen Transitvertrag könnten täglich allerdings bis zu maximal 110 Millionen Kubikmeter an russischem Gas durch Pipelines nach Europa gepumpt werden. Dies könne aber auch an Kiew liegen.
Hierzu hatte ein Gazprom-Sprecher am Donnerstag erklärt, dass ein Antrag, weitere Mengen über die im Grenzgebiet zu Lugansk liegende Gasmessstation Sochranowka einzuspeisen, von der Ukraine allerdings abgewiesen worden war. Zuvor hatte die Ukraine angekündigt, den Transit von russischem Gas nach Europa teilweise einzustellen.
Schwankungen beim Gastransit sind durchaus üblich. Allein in den vergangenen Wochen waren mehrfach ähnlich niedrige Mengen russisches Gas durch das ukrainische Pipelinesystem geleitet worden. Zuletzt war die Transitmenge am 24. April mit 53 Millionen Kubikmetern ähnlich niedrig.
Allerdings steht Deutschland eine noch empfindlichere Lücke in der Gasversorgung bevor, denn nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Interfax ist das Anlegen von Vorräten mit russischem Gas in europäischen Gasspeichern künftig verboten. Wie ein solches Verbot durchzusetzen wäre, ist jedoch weiterhin unklar.
Deutschland verfügt insgesamt über 47 Untertagespeicher an 33 Standorten, die von rund 25 Firmen betrieben werden. Rund ein Viertel der deutschen Speicherkapazität entfällt auf den Energiekonzern Uniper. Der größte Einzelspeicher Deutschlands wird allerdings von der Gazprom-Germania-Tochter Astora betrieben, die von den neuen Sanktionen betroffen ist. Jedoch war in diesem zuletzt kaum Gas gelagert.
Von den russischen Gegensanktionen betroffen sind vor allem die Betreiber von Gasspeichern sowie Eigentümer nach Europa führender Pipelines aus Russland. Gazprom ist nach wie vor der größte Gaslieferant Deutschlands, weshalb die Sanktionen Deutschland trotz Habecks Beschwichtigungen empfindlich treffen könnten. Dieser appellierte deshalb auch sogleich an die Verbraucher in Deutschland: "Weniger Verbrauch ist das A und O beim Gas." Wenn es gelinge, zehn Prozent einzusparen, erklärte Habeck, "dann sind das die entscheidenden Prozente, um nicht in eine Notlage zu geraten. Da sollten alle mitmachen. Mehr Effizienz ist ein wesentlicher Hebel gegen Putin."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d100548fbef38493f6ca9.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 12.5.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 235 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 23 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für 122mm-Artilleriehaubitzen 2S1 „Gwosdika“, 2 Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge „Kasak-2“ vernichtet. Eine 152mm-Haubitze 2A65 „Msta-B“, 2 Panzertransporter und ein Lastwagen wurden erbeutet.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starb und 16 verletzt wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.
Am 3. April 2022 entdeckte der leitende Feuerwerferschütze der 1. Einheit des 1. Feuerwerferzugs einer Feuerwerferkompanie der 5. Abteilung der Volksmiliz „Oplot“, der Soldat Nikita Dmitrijewitsch Kulibaba beim militärischen Dienst auf einer befestigten Position eine Scharfschützenposition des Gegners auf der Route unserer Gruppen. Er handelte sachkundig und entschieden und drang trotz der Lebensgefahr und ständigem Feuer von Seiten des Gegners vor, um eine günstige Position einzunehmen, und beschoss des Scharfschützen des Gegners und liquidierte so einen Feuerpunkt der Nationalisten. Dank der Handlungen des Soldaten Nikita Dmitrijewitsch Kulibaba gelang es, Verluste unter dem Personal unserer Truppen zu vermeiden, die Kampfaufgabe erfolgreich auszuführen und den Gegner abzudrängen.

19:01 de.rt.com: **Eklat in Riga: Behörden entfernen Blumen vom Kriegsdenkmal und spalten damit die Gesellschaft**
Die skandalöse Entfernung der am 9. Mai am Denkmal für die Befreier niedergelegten Blumen hat zu einer Spaltung der lettischen Gesellschaft geführt. Angekündigte Proteste und ein möglicher Abriss des Denkmals sind Folgen der Ereignisse am Tag des Sieges.
In diesem Jahr hatten die lettischen Behörden alle Feierlichkeiten zum 9. Mai verboten. Diejenigen, die Blumen am Denkmal für die Befreier von Riga und Lettland niederlegen wollten, waren gezwungen, dies inoffiziell zu tun. Doch auch das wurde von den Behörden erschwert: Das Denkmal war abgesperrt, die Blumensträuße durften lediglich an Polizeibeamte übergeben werden, die sie dann selber am Denkmal niederlegten. Am darauffolgenden Morgen haben die städtischen Dienste überraschenderweise die von den Einwohnern der Stadt mitgebrachten Blumen mit einem Traktor entfernt. Dies hat Empörung in den sozialen Medien ausgelöst. Am 10. Mai haben die Bürger noch mehr Blumen zum Denkmal gebracht und in 77 Reihen niedergelegt, um 77 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu symbolisieren.
Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa kommentierte den Vorfall in einem Interview mit Radio Sputnik:
"Meines Erachtens ist dies etwas noch nie Dagewesenes: die blitzschnelle Reaktion von Menschen, die mit ihren Aktionen einfach nur gegen die blasphemische Haltung der staatlichen Behörden gegenüber dem Andenken der Helden protestiert haben. Es gibt einen solchen Begriff – die Macht des Volkes. Dies ist eine mächtige, starke Geste, die die

Ablehnung einer Umschreibung der Geschichte und der Entweihung der Erinnerung an Menschen, die ihr Leben für unsere Zukunft gegeben haben, zeigt."
Am Abend des 10. Mai hat die Staatspolizei ein Sondereinsatzbataillon eingesetzt, um eine 500-köpfige Menschenmenge auf dem Platz vor dem Denkmal zu zerstreuen. In einer Erklärung der Polizei hieß es, dass jede Versammlung auf dem Platz ein Ausdruck der "Unterstützung der Russischen Föderation" sei. Am 11. Mai hat die Polizei den Park "aus Sicherheitsgründen" vollständig gesperrt.
Seit Tagen nun gehen in Lettland die Wogen hoch und der Gesellschaft droht ein tiefer Riss. Der lettische Ministerpräsident Krišjānis Kariņš empörte sich über die wiederholte Niederlegung von Blumen in Pārdaugava. "Ein Ausdruck der Missachtung der lettischen Staatlichkeit, der historischen Erfahrung und der Opfer des russischen Krieges in der Ukraine ist inakzeptabel. Es gibt keine Rechtfertigung für das, was heute in Pārdaugava geschehen ist", schrieb er in den sozialen Medien. Währenddessen sprach sich Artis Pabriks, der Leiter des lettischen Verteidigungsministeriums, gegen das Vorgehen der Behörden in Riga aus. Ebenfalls über die sozialen Medien wandte er sich an die Stadtverwaltung von Riga und wies auf die falschen Maßnahmen am Morgen des 10. Mai hin, als die Blumen mit einem Traktor weggefegt wurden, berichtet Sputnik Latvia.
Vertreter der Oppositionsparteien und kritischen Medien bezeichneten den Bürgermeister von Riga Mārtiņš Staķis als "Friedhofsdieb". Er selbst verteidigte das Vorgehen der städtischen Dienste und erklärte, die Situation am 10. Mai sei nicht durch die Beseitigung der Blumen provoziert worden – vielmehr stünde dahinter ein Einfluss der "Gegner des Staates". Staķis sagte laut dem Portal mixnews.lv:
"Zu der Zeit, als Raketen auf Zivilisten in Odessa fielen, schien manchen das Schicksal der verwelkten Nelken wichtiger zu sein."
Inzwischen hat die lettische Polizei angekündigt, dass sie die "eigentlichen Organisatoren" der wiederholten Blumenniederlegung strafrechtlich verfolgen will. Laut mixnews.lv sagte Armands Ruks, der Chef der Staatspolizei, in einem Interview mit dem lettischen Fernsehen, dass mindestens vier Personen bestraft werden, die "die Menschen dazu ermutigt haben, das Denkmal erneut zu besuchen". Genannt wurden ein ehemaliges Mitglied des Stadtrats von Riga von der Sozialdemokratischen Partei "Saskaņa" sowie Vertreter der Partei Russische Union Lettlands.
Seitdem überschlagen sich die Ereignisse und es ist zu erwarten, dass der Konflikt weiter eskalieren könnte. Derzeit ruft die Partei Russische Union Lettlands für den 13. Mai zu Protesten gegen das Vorgehen der Rigaer Behörden auf. Diejenigen, die sich über die Blumenniederlegung empört haben, wollen ebenfalls protestieren. Die Oppositionsparteien im Rigaer Stadtrat fordern die Entlassung des Bürgermeisters, während das lettische Parlament im Eilverfahren ein Gesetz verabschiedete, das den Abriss des Denkmals der sowjetischen Befreier ermöglicht.
Konkret handelt es sich um Änderungen des "Gesetzes über die Verträge zwischen der Republik Lettland und der Russischen Föderation", das die Erhaltung der sowjetischen und russischen Gedenkstätten in Lettland garantiert. Die Änderungen würden die rechtlichen Hindernisse für den Abriss des Denkmals endgültig beseitigen, hatte Rihards Kols, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der lettischen Saeima, der Agentur LETA gesagt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627cf51c48fbef31c7728508.jpg

19:15 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Moskau wird Maßnahmen ergreifen, wenn Finnland der NATO beitritt**

Wie die TASS meldet, wird Russland sich gezwungen sehen, als Reaktion auf einen möglichen Beitritt Finnlands zur NATO im Gegenzug "militärtechnische Maßnahmen" zu ergreifen, um die Bedrohung seiner nationalen Sicherheit einzudämmen. Das russische Außenministerium teilte am Donnerstag dazu in einer Erklärung mit:

"Die russische Seite hat wiederholt darauf hingewiesen, dass es den finnischen Behörden und der finnischen Bevölkerung obliegt, zu entscheiden, wie sie ihre nationale Sicherheit gewährleisten wollen. Helsinki muss sich jedoch der Verantwortung und der Konsequenzen eines solchen Schrittes bewusst sein."

Der Beitritt Finnlands zur NATO würde den bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Finnland sowie der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in der nordeuropäischen Region ernsthaft schaden. Russland werde gezwungen sein, im Gegenzug sowohl "militärisch-technische" als auch andere Schritte zu ergreifen, um die sich in diesem Zusammenhang abzeichnenden Bedrohungen für seine nationale Sicherheit einzudämmen.

Laut einer gemeinsamen Erklärung, die am Donnerstag von Präsident Sauli Niinistö und Premierministerin Sanna Marin veröffentlicht wurde, sollte Finnland so bald wie möglich einen Antrag auf Beitritt zur NATO stellen. Eine förmliche Entscheidung wird für Sonntag, den 15. Mai, erwartet. Das russische Außenministerium bezeichnete solche Äußerungen als Beleg für einen radikalen Kurswechsel in der Außenpolitik des Landes.

In seiner Antwort auf die US-amerikanische Reaktion zu dem Vorschlag gegenseitiger Sicherheitsgarantien hatte das Moskauer Außenministerium im Februar 2022 schon einmal den ähnlichen Ausdruck "militärtechnische Maßnahmen" benutzt, zu denen es sich gezwungen sehen könnte, falls die US-Seite nicht bereit sei, gegenseitig verbindliche Garantien zu vereinbaren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627d337bb480cc3b1626ab18.jpg